

Günter
Frankenberg,
Wilhelm
Heitmeyer (Hg.)
*Treiber des
Autoritären*
Pfade von
Entwicklungen
zu Beginn des
21. Jahrhunderts

Treiber des Autoritären

Günter Frankenberg ist Seniorprofessor der Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt am Main. *Wilhelm Heitmeyer* ist Professor für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.

Günter Frankenberg, Wilhelm Heitmeyer (Hg.)

Treiber des Autoritären

Pfade von Entwicklungen zu Beginn des
21. Jahrhunderts

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51607-3 Print

ISBN 978-3-593-45116-9 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-45117-6 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
I. Zur Theorie und Empirie des Autoritären	
Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen	15
Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer	
II. Gefährdungen von Demokratien und autoritäre Systemkonkurrenzen	
Autoritäre Herrschaftsformen im 21. Jahrhundert	89
Michael Zürn	
Autokratisierung als globaler Prozess? Autoritarismus und Demokratie im internationalen Kontext	117
Lars Rensmann	
Selbstbehauptung ohne Selbstbestimmung. Neue ideologische Attraktivität des Autoritären aus alten Konzepten	159
Klaus Günther	
Die autoritäre Richtung des radikalisierten Konservatismus	197
Natascha Strobl	

III. Kapitalistische Ökonomien und gesellschaftliche Krisen

Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der Großen Transformation	215
Klaus Dörre	
Krisen und Kontrollverluste – Gelegenheitsstrukturen für Treiber autoritärer gesellschaftlicher Entwicklungspfade	251
Wilhelm Heitmeyer	
Von »Bollwerken« und »heiligen Grenzen«. Völkische und autoritäre Flüchtlingspolitik in Europa	281
Maximilian Pichl	

IV. Autoritäre Mentalitäten und Identitätspolitik

Dynamiken des Autoritarismus. Ein Essay	307
Oliver Decker	
Autoritäre Kulturidentitäten.	321
Volker Weiß	
Linke Identitätspolitik als Treiber autoritärer Entwicklungen	345
Bernd Stegemann	

V. Neue Rollenzuweisungen, affektive Narrative und mediale Politikvorstellungen

Stellt sich die Frauenfrage neu in autoritären Verhältnissen?	365
Birgit Sauer	
Versprechen auf Souveränität im autoritären Populismus. Eine feministische Kritik	389
Brigitte Bargetz & Nina Elena Eggers	

Mediale Unterhaltung und rechtsautoritäre Politikvorstellungen. Ein Beispiel: Der Sturm auf das Kapitol	415
Paula Diehl	

VI. Staat, repressive Instrumente und autoritäre Bewegungen

Leviathan mit Schnabelmaske. Zum Autoritarismus von Gefahrenabwehr- und Infektionsschutzrecht	439
Günter Frankenberg	
<i>Pegasus</i> . Die entgrenzte Überwachungsindustrie im Dienste des Autoritären	469
Kai Biermann	
Unter welchen Bedingungen entwickeln sich autoritäre soziale Bewegungen in westlichen Gesellschaften?	497
Dieter Rucht	
Autorinnen & Autoren	527

Vorwort

Treiber und Pfade autoritärer Entwicklungen im frühen 21. Jahrhundert sind das zentrale Thema dieses Buches. Es ist deshalb von höchster aktueller Bedeutung, weil sich, auch aufgrund zurückliegender und aktueller Krisen in den letzten beiden Jahrzehnten auch in westlichen Gesellschaften vermehrt autoritäre Versuchungen in Teilen der Bevölkerung sichtbar geworden sind. Zugleich haben sich autoritäre Bewegungen und Parteien in zahlreichen Ländern herausgebildet und an Einfluss gewonnen. Schließlich lassen sich in staatlichen Institutionen autoritäre Aktivitäten – auch jenseits der Grenzen des Legalen – nachweisen.

Zu verzeichnen sind gravierende Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien. Diese zu identifizieren und zu erklären sind das Ziel dieses Buches, das nur über mehr- und interdisziplinäre Zugänge erreicht werden kann. Deshalb sind unterschiedliche Forschungslinien des Autoritären und Fragen in diesem Band angelegt: Wie empirisch evident und nachhaltig sind die Erscheinungsweisen autoritärer Entwicklungen in modernen Gesellschaften? Welche historischen und ökonomischen Hintergründe tragen zur Erklärung der aktuellen Entwicklungsprozesse bei? Welche soziologischen, politik- und rechtswissenschaftlichen, sozialpsychologischen, philosophischen und medienwissenschaftlichen Erkenntnisse können herangezogen werden, um die diversen autoritären Mechanismen aufzudecken, die auf das gesellschaftliche Leben einwirken und auf Arbeitsbeziehungen und Geschlechterverhältnisse ausstrahlen? Auf Seiten von Regimen kommen die Mechanismen in Staatstechnik, Repression und Rhetorik zu Geltung, auf Seiten von sozialen Bewegungen in Agenden und Strategien, auf Seiten von Bevölkerungen in ihren Denkmustern, Handlungsorientierungen und Folgebereitschaften. Welche Entsprechungen gibt es in den verschiedenen Teilsystemen von Politik, Recht, Kultur, Medien, Bildung etc.? Wer bzw. welche Kräfte sind Treiber für autoritäre

Entwicklungsschübe: Sind es soziale, ökonomische oder politische Krisen, die Kontrollinteressen des Finanzkapitals oder Defizite der Demokratie?

Diese Fragestellungen lassen sich nur mit dem erwähnten interdisziplinären Bearbeitungsinteresse zugleich mit Blick auf internationale Vergleichsperspektiven erfolgversprechend untersuchen. Trotz aller analytischen Anstrengungen wird das Bild am Ende unvollständig bleiben. Die erwartbare Kritik werden wir annehmen.

Das gilt auch für die Ereignisse, die uns alle seit dem von Wladimir Putin befohlenen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine in Bann halten. Zum Zeitpunkt der diesen Band vorbereitenden Konferenz im September 2021 und in der Endphase der Erstellung der Manuskripte war nicht vorauszusehen, dass der russische Präsident einen verbrecherischen Krieg führen würde, der Grundzüge eines faschistischen Systems offenbart.

In diesem Band stehen die Treiber autoritärer Entwicklungen in pluralistischen Gesellschaften und modernen Demokratien im Zentrum. Zu diesen konnte weder die ehemalige Sowjetunion noch das heutige Russland jemals gezählt werden. Es war lange ein Gemeinplatz, dass Russland ein autoritärer Staat und eine autoritäre Gesellschaft sei. Dieser Gemeinplatz ist nunmehr nachzuschärfen. Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 gibt es zahlreiche Essays darüber, welches die vorausgegangenen und gegenwärtigen innerstaatlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen des Systems gewesen sein könnten, die die Realisierung dieses verbrecherischen Angriffskrieges vorangetrieben haben. Einige Autoren betonen den Übergang von einem autoritären zu einem totalitären Staat. Andere ordnen sie als Entwicklung von einer »Spin-Diktatur« zu einer repressiven polizeistaatlichen Diktatur ein. Auch der Übergang vom System des Putinismus in eine neue Form des Stalinismus wird beschrieben. Schließlich wird auch konstatiert, dass der Putinismus als System kein bloßer Autoritarismus sei, sondern purer Faschismus.

Zwar werden in einigen Beiträgen dieses Buches auch Bezüge zu den dramatischen Abläufen hergestellt, aber aus naheliegenden zeitlichen Gründen werden wir dazu keine fundierten eigenen Einschätzungen vorlegen können. Alle diese angedeuteten Überlegungen und Einordnungen werden in späteren Analysen zu fundieren sein.

In diesem Vorwort ist mehrfacher Dank auszusprechen. Im September 2021 hat eine vorbereitende Konferenz – dem Gegenstand angemessen – im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld stattgefunden. Unser Dank gilt der finanziellen Förderung durch das ZiF und die hervorragende Betreuung der Konferenz durch Marina Hoffmann. Zusätzlich ist Frerk Blome, Max Frankenberg und Ulrike Rogat zu danken, die dazu beigetragen haben, die Erstellung des Bandes inhaltlich und technisch zu bewältigen. Der Dank muss auch ausgeweitet werden auf die versammelten Autorinnen und Autoren, die nicht nur planmäßig ihre Beiträge abgeliefert, sondern auch die Kommentare der Herausgeber ertragen haben.

Frankfurt am Main & Bielefeld, Mai 2022

Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer

I.

Zur Theorie und Empirie des Autoritären

Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen

Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer¹

1. Der Fokus

Seit den Krisen der letzten beiden Jahrzehnte lassen sich in westlichen Gesellschaften *vermehrt* und *deutlicher* autoritäre Versuchungen registrieren, denen unterschiedliche Teile der Bevölkerung nachgegeben haben. Zugleich haben autoritäre Bewegungen, Parteien und Regime weltweit an politischem und kulturellem Einfluss gewonnen. Allerdings ist Autoritarismus eine Thematik und Problematik nicht nur von höchst aktueller Bedeutung, sondern meldet sich immer wieder, wenngleich weniger sichtbar und eher schleichend, außerhalb krisenhaft zugespitzter Situationen – wie zuletzt des im Februar und März 2022 vom russischen Diktator Putin gegen die Ukraine geführten Angriffskrieges – zu Wort, zum Beispiel im Prozess der Globalisierung, bei geregelten Arbeitskämpfen oder Verteilungskonflikten. Feststellen lassen sich sowohl offenliegende Facetten als auch verdeckte Spuren autoritärer Agenden, Bestrebungen und Einstellungen auf den Ebenen der strategischen Allianzen zwischen Organisationen (Staaten), von Gruppen als Akteuren in organisationellen Netzwerken (Parteien, Verbänden, Behörden) und der sozialen Interaktion von Akteuren innerhalb von Netzwerken (Familie, Arbeitsgruppen)².

Angesichts des weiten und unebenen Feldes von Autoritarismus und dessen länderspezifischen Ausprägungen begrenzen wir uns in diesem Buch auf Phänomene im rechtsautoritären und rechtsextremen Spektrum. Eine

1 Für die kritische Durchsicht einer früheren Fassung und konstruktive Hinweise danken wir Klaus Günther, Dieter Rucht, Tim Wolff und Michael Zürn.

2 Üblicher Weise wird eine Zuordnung der Organisationen, Akteure und Beziehungen zur Makro-, Meso- oder Mikro-Ebene vorgenommen (Baum 2005; siehe Rucht in diesem Band).

angemessene Ausweitung auf linksautoritäre Erscheinungsweisen würde den Rahmen dieser Konzeption sprengen, weil weit ausdifferenzierende Überlappungen zu besorgen und Unterscheidungen vorzunehmen wären.

2. Zeitgeschichtliche Problemskizze

Die autoritären Entwicklungen im 21. Jahrhundert kommen nicht aus dem Nichts.³ Sie lassen sich einbetten in zeithistorische und aktuelle Zusammenhänge. Von welchen zeithistorischen Räumen, Ereignissen, Prozessen und Akteuren können wir Aufklärungen über heutige Abläufe erwarten? Dazu an dieser Stelle nur wenige Hinweise. Die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts als das »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) war geprägt von Gewalt, Kriegen und autoritären gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen Modernität und Barbarei miteinander verbunden waren (Miller/Soeffner 1996). Nach dem Zivilisationsbruch (Diner 1988) und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sollte es auch in Deutschland lange dauern, bis sukzessiv eine pluralistische Gesellschaft und eine liberale Demokratie entstanden sind (vgl. Rensmann u.a. 2011), gefördert von den Strukturen und Bürgerrechten des neu geschaffenen Grundgesetzes und dessen »Einbürgerung« (Rödel u.a. 1989). Flankiert und abgesichert von den Entwicklungen im Rechtssystem, in den Medien, im Bildungssystem und von einem Wirtschaftssystem, in dem Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen über längere Zeiträume durch politische Interventionen »ausbalanciert« wurden.

Mehrere Entwicklungen haben zu Instabilitäten der Statik dieser Architektur beigetragen. Zum ersten ist der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und damit der politisch stabilisierenden »Systemkonkurrenz« zu nennen. Im Westen führten diese zu euphorischen und ideologischen Aussagen vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992), die ihren Ausdruck in der angeblichen »Universalisierung der westlichen Demokratie als endgültiger Regierungsform des Menschen« (ebd.) fanden. Nach einem

³ Den Krieg des russischen Diktators Putin wird man wohl ausnehmen müssen, weil sich Expert:innen und Politiker:innen seit langem weitgehend einig waren, dass in Europa die Zeit der Angriffskriege (und damit auch der territorialen Landesverteidigung) vorbei sei. Siehe dazu Münkler, Herfried (2004), *Die neuen Kriege*, Reinbek; und die Beiträge in »Neue Kriege«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 35–36 (2016) m.w. Nachw.

Blick in die »posthumane Zukunft« (Fukuyama 2003) blieb freilich wenig vom »Ende der Geschichte«. Im Gegenteil steht seit einiger Zeit das Thema einer »neuen autoritären Systemkonkurrenz« auf der Tagesordnung. Sie ist eng mit der Frage verknüpft, wie die großen Zukunftsfragen, insbesondere Klimakrise, nachhaltiges Wachstum und eben Pandemien beantwortet werden können. Zugleich ist sie mit den autoritären Entwicklungspfaden von Gesellschaften, ihren Ökonomie- und Politiksystemen mitsamt den verfassungsmäßigen Verhältnissen von Freiheit und Sicherheit verbunden. Eine Chiffre dafür ist die Rede vom »chinesischen Jahrhundert« (Aust/Geiges 2012; Elsner 2020).

Zum zweiten veränderte sich die Architektur durch die rasante Beschleunigung und Expansion der ökonomischen Globalisierung, deren Ausweitung in den Bereich der Kultur sowie soziale Folgen für Gesellschaften und politische Systeme namentlich die parlamentarische Demokratie und den Primat der Politik beeinträchtigten. Die Umstellung auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik, ihre weitreichenden politischen De-Regulierungen und *Austerity*-Maßnahmen, wurden zum Treiber nachlassender Kontrollwirksamkeit demokratisch legitimierter Politik gegenüber einem anonymer werdenden globalen Finanzkapitalismus (vgl. Heitmeyer 2001). Kontrollgewinne und Landnahmen des Kapitals waren mit Kontrollverlusten von Politik, insbesondere nationalstaatlicher Version verbunden, und mit Prozessen, die als Privatisierung und Ökonomisierung nur ungenau beschrieben werden (Biebricher 2021). Markanter sind Aussagen, wie die des amerikanischen Soziologen Birnbaum (1997): Wo die Marktorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie. Auf spannungsreiche Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Ökonomie, gesellschaftlicher Integration bzw. Desintegration und Demokratie im Zeitalter neoliberaler Globalisierung hat frühzeitig Dahrendorf (1997) hingewiesen. Er sprach von einer »Quadratur des Kreises«. Mit diesem Sprachbild ist in seiner Diktion gemeint, dass erhebliche Spannungen bestehen, erstens, zwischen der Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit in der rabiaten Konkurrenz der Weltwirtschaft zu erhalten, zweitens, die soziale Solidarität und den sozialen Zusammenhalt, also Integration zu sichern und, drittens, dies im Rahmen von Institutionen demokratischer Gesellschaften tun zu können. Die genannte Metapher führt zu der Frage, zu wessen Lasten die Entwicklung angesichts der »neuen« Kontrollverhältnisse ausfallen kann. Zumal dann, wenn immer weitere soziale Ungleichheiten sichtbar werden, die zentrale Grundwerte und das verbrieftete Selbstverständnis dieser Gesellschaft verletzen (Röhner 2019).

Daraus leitete Dahrendorf (1997a) die These ab: »Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert«.

Phänomene des Autoritären haben sich jedoch bereits im 20. Jahrhundert und lange davor ausgeprägt (Arendt 1951; Günther in diesem Band). Abweichend von Dahrendorfs Vorhersage und vergleichbaren Einschätzungen, wird dieses »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) eher den Menschenrechten und der liberalen Demokratie gutgeschrieben. Gleichwohl fehlt es nicht an empirischen Evidenzen, dass der politische Autoritarismus, getragen von sozialen Bewegungen, politischen Parteien und/oder (konsolidierten) Regimen, in den vergangenen 20 Jahren des 21. Jahrhunderts auf dem Vormarsch ist (Bank 2007; Heitmeyer 2018; Bertelsmann Stiftung 2018, 2020 und 2022; Lauth u.a. 2020; Schäfer/Zürn 2021: 24–58 und Zürn in diesem Band; International IDEA 2021; dazu auch Rensmann in diesem Band). Ganz gleich, ob »Renaissance des Autoritären« oder »demokratische Regression«, »neue autoritäre Internationale« oder »Globalisierung des Autoritarismus« oder aber die Kombination von »demokratischen, hybriden und autoritären Regimen« (so zuletzt International IDEA 2021) die Entwicklung zutreffend beschreibt, so ist unstrittig, dass die Bevölkerung in Autokratien von 2003 bis 2017 nach Schätzungen von 2,3 auf 3,3 Milliarden angewachsen ist und mehr als die Hälfte von weltweit 137 Staaten als Autokratien zu kennzeichnen sind (Bertelsmann Stiftung 2022; Heitmeyer 2018: 177–196; Diamond u.a. 2016). Nach dem BTI-Index der Bertelsmann Stiftung (2022) und den Daten von International IDEA haben autoritäre Regierungsmuster in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zugenommen und sind mehr »defekte Demokratien« (Merkel u.a. 2003 und 2006) zu Autokratien abgestiegen als zu funktionierenden Demokratien aufgestiegen. Demzufolge sind zahlreiche Autokratien deutlich repressiver geworden, während in vormals gefestigt wirkenden Demokratien grundlegende Beteiligungsrechte und Rechtsstaatlichkeit angetastet werden. Der Trend weltweiter Erosion der Demokratiequalität bzw. »demokratischen Regression« (Schäfer/Zürn 2021: 24–58; vgl. auch Rensmann und Zürn in diesem Band) setzt sich demnach ungebrochen fort. Der apokalyptische Ton zahlreicher Publikationen zum Zustand und zur Zukunft der Demokratie ist analytisch wenig hilfreich, vermag freilich angesichts dieses Befundes kaum zu verwundern (u. a. Luce 2017; Levitsky/Ziblatt 2018; Mounk 2018).

Wenn hier als Analyse zu Treibern und Pfaden autoritärer Entwicklungen der Zeitrahmen des noch »jungen« 21. Jahrhunderts ausgewählt

wird, dann liegt es nahe, das »alte« 20. Jahrhundert mit heranzuziehen. Was zeichnet das Autoritäre im 21. Jahrhundert aus? Gibt es eine Modernisierung des Autoritären? In der Tat gibt es dafür zahlreiche Hinweise. Dazu müssen die Entwicklungen in den durch technische Revolutionen möglich gewordenen neuen Kommunikationsmedien herangezogen werden, die ganz neue, massenhaft wirksame Manipulations- und Mobilisierungsmöglichkeiten erschließen ebenso wie »Instrumente zur entgrenzten Repression« (Biermann in diesem Band). Auf diese Weise sind militarisierte Kampfverbände mit äußerlicher Uniformierung gar nicht mehr nötig, um schleichend neue, autoritäre Normalitätsstandards voranzutreiben. Auch die unverhüllten Ablehnungen des Verfassungsstaates, wie sie im 20. Jahrhundert durch ökonomische, intellektuelle und politische Eliten in einer offen brutalen Weise sichtbar waren, sind einer verdeckt ideologischen Flexibilität, wie etwa der Kommunikation und den Phantasien einer imaginären Gemeinschaft (Frankenberg 2020: 289–304) gewichen, die subtil die durch »Demokratieentleerung« (Heitmeyer 2001: 517 ff. und in diesem Band) entstandenen Leerräume ausfüllen kann. Politische Entfremdung und Vertrauensverluste in Teilen der Bevölkerung sind Magnete für autoritäre Angebote durch Bewegungen und Parteien.

Dabei haben sich autoritäre Entwicklungen auf den »Schattenseiten der Globalisierung« (Loch/Heitmeyer 2001; Dörre in diesem Band) schon länger angedeutet. In einigen der von uns aufgeführten Staaten mit autoritären Entwicklungen bzw. bereits vorhandenen Regierungen ist ein Faktor besonders auffällig. Es ist das Stadt-Land Gefälle.

Trump hat 2016 vor allem in den abgehängten ländlichen Gebieten des Mittleren Westens mit den darniederliegenden Kohle- und Stahlrevieren in ländlichen Gebieten große Stimmengewinne erzielt, während Hillary Clinton mit der Arroganz der Ostküsten-Elite die Gebiete und ihre Menschen als »basket of deplorables«⁴ herabgewürdigt hatte. In Großbritannien mit Strukturen enormer Ungleichheit haben 2016 vor allem jene Briten den Brexit herbeivotiert, die auf dem Lande bzw. in Kleinstädten wohnten.

In Ungarn ist der große Wahlsieg von Orban in den Wahlen zur Nationalversammlung in 2022 vor allem durch die Landbevölkerung erzielt worden.

4 <https://time.com/4486502/hillary-clinton-basket-of-deplorables-transcript/>
26.04.2022).

(Zugriff:

In ähnlicher Weise hat es in Polen funktioniert, wo die regierende PiS-Partei auf dem Lande groß geworden ist und gegen »die in Warschau« in Stellung gebracht worden sind unter Mithilfe der katholischen Kirche.

Im zentralistischen, ganz auf Paris zugeschnittenen politischen System Frankreichs hat auch die Landbevölkerung bzw. haben die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen in der ersten Wahlrunde 2022 den rechtsextremistischen Kandidat:innen Marine Le Pen und Eric Zemmour erhebliche Stimmenzuwächse im Vergleich zu 2017 beschert. Wobei Zemmour vor allem zusätzlich in Städten mit reichen Stadtvierteln, also wo die Oberschicht wohnt, besondere Stimmengewinne (in Relation zu seinem Gesamtergebnis) verzeichnen konnte. In der Stichwahl fand Le Pen den Hauptteil ihrer Anhängerschaft in ländlichen Gebieten. Die Zeitleiste hinsichtlich der Stimmenzuwächse von Le Pen ist bedenklich: 2012 hatte sie 18 Prozent, 2017 dann 34 Prozent und 2022 schließlich 41,5 Prozent der Wahlstimmen. Was lässt das für die nächste Präsidentenwahl 2027 erwarten?

In den hier aufgeführten Ländern ist die Spaltung von Stadt und Land besonders ausgeprägt. Für Deutschland ist das Bild komplexer und einfacher zugleich, wenn man sich die sozialgeografische Struktur ansieht. In Westdeutschland gibt es diese scharfe Trennung nicht, gleichwohl einige abgehängte Gebiete wie z. B. in der Westpfalz. Anders sieht die sozialgeografische Struktur in Ostdeutschland aus. Dort dominieren kleine Gemeinden und Kleinstädten. In der Logik bisher aufgeführter Gesellschaften mit den politischen Folgen bei scharfen Stadt-Land-Unterschieden des materiellen Wohlstands, der Teilhabechancen an gesellschaftlichen Gütern, sozialen Anerkennungen, Zukunftsaussichten etc. überrascht es nicht, dass in Ostdeutschland ebenfalls der Autoritäre Nationalradikalismus der AfD besondere Erfolge feiert.

Selbst wenn unterschiedliche Traditionen solchen Wahlverhaltens berücksichtigt werden, ragt doch immer wieder der Faktor *soziale Ungleichheit* heraus mit den Folgen *gesellschaftlicher Desintegration*, die autoritäre politische Angebote vorantreiben. Da immer soziale Vergleichsprozesse mit anderen sozialen Gruppen in der Gesellschaft ablaufen, um den eigenen sozialen Status – und damit die Anerkennungen – einzuordnen, entstehen durch diese massiven Stadt-Land-Unterschiede dann die Wahrnehmungen *relativer Deprivation*, also im Vergleich zu anderen Gruppen. Diese Gefühle der Benachteiligung werden als Ungerechtigkeit empfunden. Sie sind enorm mobilisierbar, wenn Schuldzuschreibungen verfügbar sind. Empi-

rische Untersuchungen mit der *Relative Deprivation Theory* (Runciman 1966) zeigen immer wieder vor allem die Wut in Richtung der Abwertung und Diskriminierung bestimmter Gruppen. Diese Situation wird durch die interessierten rechtsautoritären Bewegungen und Parteien instrumentalisiert. In der Regel in zwei Richtungen. Gegen Migranten und Geflüchtete auf dem Lande einerseits und gegen herrschende Eliten in den Metropolen andererseits. Die Motivationen und Parolen sind länderspezifisch unterschiedlich: »Make America Great Again«, »Take Control Back«, »Wir holen uns unser Land zurück« usw. Die Beispiele zeigen wie gefährlich sich solche Stadt-Land Unterschiede in eine autoritäre Richtung auswirken können, wenn über soziale Ungleichheit dann auch politische Desintegrationsprozesse um sich greifen.

3. Profile des Autoritären

Demokratieentleerung und demokratische Regression gehören zu den vielfältigen Phänomenen, die in der Rubrik von Demokratie und Rechtsstaat als Praktiken der Korruption oder institutionelle Defekte, als deviante Formen oder defizitäre Institutionalisierungen, als Verfallserscheinungen der Repräsentation oder pathologische Symptome der Partizipation registriert werden (Postdemokratie, simulative Demokratie, Bewegungsdemokratie etc.). Sie erstrecken sich über einen weiten Horizont (Crouch 2010 und 2021; Brown 2015; Przeworski 2020; Vorländer 2021; Demokratieindex 2020). Konzeptionell aufbereitet und theoretisch gedeutet werden diese Phänomene – im Großen und Ganzen – in drei, nicht immer leicht voneinander abzugrenzenden Lagern mit beachtlichen gemeinsamen Schnittmengen. Protagonisten dieser Lager tragen die derzeit wohl prägenden Demarkationslinien in die Topographie des Autoritären ein.⁵ Zu kennzeichnen sind hier (in der vom Format einer Einleitung gebotenen Kürze) die Profile von Populismus, Illiberalismus und, vom Thema dieses Buches nahegelegt,

⁵ Ebenso divers wie ihre Perspektiven ist ihr Echo auf die klassische Formel, als Demagoge beginne, wer als Tyrann ende. »History will teach us ... that of those men who have overturned the liberties of republics, the greatest number have begun their career by paying an obsequious court to the people; commencing demagogues, and ending tyrants.« (Alexander Hamilton, *The Federalist Papers* 1787, No. 1). Dazu Frantz 2018; Sajó 2021; F. Decker 2021; Applebaum 2021; Kauth/King 2021; Lührmann/Hellmeier 2020 u.v.m.

Autoritarismus. Allesamt beanspruchen sie, nicht im Verbund, sondern jedes für sich, die Deutungshoheit über die eingangs benannten Phänomene, die als »globaler Rückzug der Demokratie« oder »retreat of western liberalism« (Luce 2017), als »third wave of autocratisation« oder »Renaissance des Autoritarismus« (Frantz 2018; Przeworski 2020; Lührmann/Hellmeier 2020) hochgerechnet werden. Je nach theoretischer Perspektive werden diese Trends zurückgeführt auf politische Krisen und nationale »Ermüdungsbrüche«⁶ in den Strukturen von Demokratie, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat, auf Zeichen der »Demokratieentleerung« oder eine dramatische Schwäche von Demokratie als Regierungs- und Lebensform, oder auf ökonomische und soziale Krisentendenzen, wie kapitalistische Landnahmen und Kontrollverluste, oder aber die Folgen der Globalisierung (Zürn 2018; Butterwegge/Hentges u.a. 2006). Ob politisch-institutionell enggeführt oder weiter ökonomisch und sozial ausgreifend, werden ganz überwiegend *Krisen* oder *Notlagen* dafür haftbar gemacht, dass sie insgesamt neue qualitative Formen und Bewegungen des politischen Autoritarismus hervortreiben. Darauf ist zurückzukommen (siehe Kap. 7).

Zunächst bedarf die Zunahme autoritärer Regime, Bestrebungen⁷ und Einstellungen konzeptioneller Aufklärungen. Das Augenmerk richtet sich in dieser Einleitung also vorweg darauf, ob und inwieweit das Vokabular und die Deutungen, die vor allem von Populismus, Illiberalismus und Autoritarismus vorgelegt werden⁸, den spezifischen Programmen und Ideologien, Haltungen und Praktiken des Autoritären Rechnung tragen, wie sie angesichts der Vielfalt der Phänomene die auf der Hand liegenden Definitionsschwierigkeiten lösen und plausible Abgrenzungen einführen.

⁶ Von Ermüdungsbrüchen (und Verwerfungen) ist in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit geraumer Zeit die Rede; e.g. Süß, Winfried (2006), »Ermüdungsbrüche im Wohlfahrtsstaat«, in: *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3, S. 470–474; Offe, Claus (1972), *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt am Main; ders. (2007), »Der bedrängte Wohlfahrtsstaat«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 47, 95 ff.; H. Christ, *Handelsblatt* v. 26.12.2019.

⁷ Ausführlich zu Begriff und Erscheinungsformen der Bestrebungen Rucht in diesem Band. Zuletzt berichtete *Der Spiegel* v. 10.02.2022, gestützt auf den Demokratieindex der britischen »Economist Intelligence Unit« (EIU): »Nur noch 45 Prozent der Weltbevölkerung leben in einer Demokratie« – (Zugriff: 12.02.2022) <https://www.spiegel.de/ausland/nur-noch-45-prozent-der-weltbevoelkerung-lebt-in-einer-demokratie-a-97ec1d36-6bff-4212-b10a-8bc316570158/>.

⁸ Natascha Strobl hat den »radikalisierten Konservatismus« als weiteres Konzept in die Diskussion gebracht (Strobl 2021 und in diesem Band).

3.1 Populismus

Seit über zwei Jahrzehnten eingerichtet und ausgeübt, vermag der Deutungsbetrieb des Populismus auch nach ebenso eingehenden wie eindrucksvollen empirischen Studien populistischer Bewegungen und Parteien sowie den Analysen von Strukturen und Leitideen (e.g. Canovan 1981; De la Torre 2015; Moffitt 2016; Mudde/Kaltwasser 2017; Priester 2017; Vorländer 2011; Schäfer/Zürn 2021: 59–88; Möller 2022) kein wirklich konsentiertes Interpretationsmuster anzubieten. Zu denken wäre zum Beispiel an die begriffsnahen Kombination von einer populären Programmatik mit der Berufung auf die imaginierte Gemeinschaft des Volkes (Anderson 2005) als Legitimationsquelle. Verbreitet sind jedoch überwiegend kontroverse, defintorische Versatzstücke von Populismus. Sie konturieren eine politische Grundhaltung, die in radikaler Opposition zu den herrschenden Eliten in Politik, Ökonomie, Kultur und Gesellschaft für sich selbst reklamiert, den authentischen Volkswillen zu erkennen und zu vertreten (Nabers/Stengel 2017; F. Decker 2021; Müller 2016; Mudde/Kaltwasser 2019; Zürn 2018; Diehl 2020 und in diesem Band), oder auch ein manichäisches Weltbild, das vom wahren, tugendhaften Volk und dem selbstsüchtigen Establishment, anderswo: den Oligarchen bevölkert wird, meist unerkannt ein hintergründiges Echo der Robbespierre'sche These vom anständigen Volk und korrupten Magistrat.⁹

Gleichwohl bleibt Populismus, angetrieben zum einen von den an konzeptioneller Präzision kaum interessierten Medien, zum anderen von der auf die Wiederholung des vielfach Gesagten eingestellten politischen Klasse weiterhin ein populärer, wenngleich höchst unbestimmter Begriff. Auch den Sozialwissenschaften ist es nicht durchgreifend gelungen, den Phänomenen, die sich hinter dem kollektiven Singular verbergen, trotz gründlicher Forschung und vertiefter Diskussion ein scharfes Profil abzugewinnen. Als semantischer Schirm lässt sich Populismus ebenso über demokratiefördernde (*inclusionary*) wie die Demokratie unterminierende (*exclusionary*) Bewegungen und Regime, über Bewegungen und Bestrebungen am eher rechten oder eher linken Rand oder auch im Zentrum des herkömmlichen

⁹ »Tout institution qui ne suppose pas le peuple bon et le magistrat corruptible est vicieuse.« Source: Art. XIX der von Robbespierre 1793 vorgeschlagenen Erklärung der Menschenrechte, <https://quotepark.com/quotes/1758708-maximilien-robespierre-any-institution-which-does-not-suppose-the-people/> (Zugriff: 01.03.2022).

politischen Koordinatensystems spannen.¹⁰ Unter diesem Schirm versammeln sich (in dem kaum überschaubaren Publikationsfeld) Demagogen und Tyrannen, rassistische und ethnozentrische, fremden- und frauenfeindliche, homophobe, populäre und unpopuläre Staats- und Regierungschefs und Gruppierungen.

Im, wie es scheint, stetig anschwellenden Populismus-Diskurs vermisst man bisweilen auch die Bereitschaft, die Grammatik des Populismus schärfer auf die unterschiedlichen politischen Ebenen, Verwendungskontexte und Konjunkturen einzustellen. Zu differenzieren wären zunächst Bewegungen, Parteien und Regime, weil zu vermuten ist, dass oppositionelle Lebenswelten, Parteiorganisation und Regierungsverantwortung unterschiedliche Formen populistischer Programmatik ausprägen. So wird Populismus zwar in das politische Koordinatensystem eingeordnet, meist als Rechts- oder Linkspopulismus, wenig trennscharf werden jedoch die Praxisformen angesprochen. Deutlicher zu kontrastieren, wenngleich nicht hierauf zu reduzieren (Priester 2011 und 2017; Norris/Inglehart 2019), wären demnach: Populismus als Stil der Mobilisierung, der auf marginalisierte Gruppen abzielt (wie der frühe Peronismus, *Chavismo* oder *Podemos* in Spanien) und in eine machiavellistische Strategie zur Erlangung oder Verteidigung der Macht übergehen kann (beispielhaft: die dänische »Volkspartei«, die Schweizer Volkspartei, *Fidesz* in Ungarn, das *Rassemblement National*, die *Lega* in Italien, die »Alternative für Deutschland« oder auch Trumps Wahlkampagnen). Unterstützt wird diese Praxis von einer zu häufig als populistisch etikettierten Rhetorik und wie auch immer schlichten, aber einflussreichen Weltdeutungen, die darauf angelegt sind, Ressentiments (gegen Eliten, »das System«, Minderheiten, Fremde, die »Lügenpresse« usw.) zu aktivieren, um eine imaginäre, kollektive Identität im Phantasma des authentischen Volkes bzw. der Nation zu beschwören.

Es ist auffällig, dass die diversen Spielarten des Populismus, die sich grob kennzeichnen lassen als entweder gefährliche oder aber positiv korrigierende Abweichungen von demokratischer »Normalität«¹¹, ganz überwiegend ohne einen Begriff von der Verfassung operieren und daher meist freihändig »Rechte« des Volkes einfordern – letzteres verbunden in substanzialer Einheit, nicht durch Gesellschaftsvertrag. Diese Rechte fungieren nicht als

¹⁰ Instruktiv die von Möller (2022) zusammengestellten »Schlüsseltexte« zum Populismus.

¹¹ Das Verständnis von »Normalität« lässt sich den Kriterien entnehmen, die Umfragen und Indizes zugrunde gelegt werden.

Abwehrrechte gegen gesetzwidrige, staatliche Übergriffe, sondern als Äußerungen einer die Politik überwindenden »Souveränität« des imaginierten Gemeinwillens bzw. der (in Protesten situativ und selektiv beschworenen) Nation und als Absage an rechtsstaatliche Institutionen. Das gilt insbesondere für den im Populismus-Diskurs durch besonders häufigen Gebrauch herausragenden Rechtspopulismus, dem keine einheitliche Definition zugeschrieben wird, der vielfach jedoch als Form des Autoritarismus mit »dünner Ideologie« und Vergangenheitsorientierung firmiert. Der vielfach vertretenen These von der dünnen Ideologie ist entgegenzuhalten, dass populistische (oder genauer: autoritäre) Bestrebungen sich nicht nur durch ihren Politikstil und auf Machterwerb zielende Strategien auszeichnen, sondern durch ein »Set von Ideen« und ein »spezifische[s] Politik- und Demokratieverständnis« (Schäfer/Zürn 2021: 64–73; Zürn in diesem Band) bzw. ein Muster zur Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit anbieten, das sich nicht auf die Kritik an Eliten und demokratischer Repräsentation beschränkt (Frankenberg 2020: 85–91; Urbinati 2019: 49–51). Mit Robbespierres Dichotomie von Volk und Magistrat ist es also nicht mehr getan. Mit der ideologischen Kombination und politischen Handlungsagenda von Antielitismus und Antipluralismus, einer Kultur der unmittelbaren Kommunikation, einem xenophoben Nationalismus und dem Phantasma imaginärer Gemeinschaftlichkeit entfernt sich die Beschreibung des Populismus weit von demokratischen *grass roots* und nimmt die Deutungsangebote aus dem Lager des Autoritarismus an.

Nach einer Reihe von Umfragen und Studien, die unter anderem in einer Meta-Studie der Cambridge University ausgewertet wurden,¹² lässt sich ein Rückgang an Unterstützung für die Demokratie – in Deutschland, Österreich, der Schweiz, in südeuropäischen Ländern und in sogenannten »heranreifenden Demokratien« Lateinamerikas – verzeichnen. Während hierzulande die Leistungsfähigkeit der Demokratie als Regierungs- und Lebensform bezweifelt wird, ist anderswo die demokratische Euphorie der Übergangsjahre verblasst und zugleich bleiben die ungelösten Herausforderungen durch Korruption, Konflikte zwischen Gruppen und städtische Gewalt.

12 Studie des Centre for the Future of Democracy (Cambridge University), *The Great Reset: Public Opinion, Populism and the Pandemic*, Januar 2022 (Zugriff: 19.03.2022), https://www.bennettinstitute.cam.ac.uk/media/uploads/files/The_Great_Reset.pdf/ und dazu DW v. 28.01.2022, »Die Entzauberung der Demokratie« (Zugriff: 25.02.2022) - <https://www.dw.com/de/die-entzauberung-der-demokratie/a-52219911>.

Nur auf den ersten Blick paradox erscheint, dass mit der steigenden Unzufriedenheit mit der demokratischen Regierungsform seit Beginn der Pandemie zugleich die Umfragewerte für populistische Führer und Parteien sinken und sie Wahlen verlieren.¹³

3.2 Illiberalismus

Im Vergleich zum Populismus-Crescendo kommt der »Illiberalismus«-Diskurs auf leisen Sohlen daher. Das mag daran liegen, dass seine Verbreitung ein wenig jüngeren Datums ist und sich wohl deshalb seiner akademischen Position und Reputation noch versichern muss. Ein Artikel von Fareed Zakaria zur »illiberalen Demokratie« gilt weithin als Publikation, welche die aktuelle Debatte eröffnete.¹⁴ Sie signalisierte eine im Verhältnis zum Populismus gewandelte, nun auf die Verfassung bezogene Problemwahrnehmung. Zakaria beobachtete, dass demokratisch gewählte Regime routinemäßig die verfassungsmäßigen Grenzen ihrer Macht ignorieren und die Bürgerschaft ihrer Grundrechte und Freiheiten berauben (Zakaria 1997: 22). Inzwischen werden bei den methodisch sehr verschiedenen Vermessungen der (autoritären) Welt von Governance und Demokratie etwa achtzig illiberale Demokratien gezählt, deren Zuordnung sich je nach ihrer Entwicklung (und der Forschungsperspektive) hin zur Kategorie der »schwachen« oder »defizienten« Demokratien, der »harten« oder »moderaten« Autokratien oder der »backsliding countries« verschieben kann (Bertelsmann 2020; International IDEA 2021; Lauth u.a. 2020 – Demokratiematrix). In der Politikwissenschaft wurde mit der Theorie und Regionalanalyse »defekter Demokratien« der Akzent etwas anders gesetzt (Merkel 1999; Merkel u.a. 2003 und 2006). Ausgehend vom normativ anspruchsvollen Konzept einer institutionell »eingebetteten Demokratie« untersuchen Autor:innen die Funktions- und Stabilitätsbedingungen demokratischer Systeme (beginnend mit ehemals staatssozialistischen Staaten), um sodann deren Defekte zu identifizie-

13 Sinkende Umfragewerte verzeichnen zum Beispiel die weithin als »Populisten« geführten Donald Trump, Jair Bolsonaro, Viktor Orbán, Recep Tayyip Erdoğan, Andrej Babiš, Boris Johnson und Andrés Manuel López Obrador (Mexiko). Die (Wieder-) Wahl verloren Benjamin Netanjahu, und in Chile José Antonio Kast. Nachweise: Centre for the Future of Democracy, *The Great Reset*, S. 16.

14 Im Unterschied zu »Illiberalismus« ist der Begriff »illiberal« nicht neu. Vgl. etwa Hugo von Hofmannsthal (1979) »Der Dichter und diese Zeit« [1906], in: *Gesammelte Werke I*, Frankfurt am Main, S. 54.

ren. Die Kennzeichen solcher Defekte *in puncto* Gewaltenteilung, politischen Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit begründeten dann die Qualifizierung als »illiberal«.

Während der in die Jahre gekommene, in der akademischen Welt etablierte und von den Medien unterstützte Populismus dem Sturm immer neuer Kategorien gelassen entgegensehen kann, wird der Illiberalismus seinen Status und sein Forschungsgebiet noch verteidigen müssen. Dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner Băile-Tușnad-Rede 2014 die Agenda des Aufbaus eines »illiberalen Staates« innerhalb der Europäischen Union propagierte und 2022 mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, dürfte die akademische Karriere der Kategorie nicht fördern. Mit einer Reihe aktueller Veröffentlichungen und dem *Journal of Illiberalism Studies* könnte die Diskussion über Illiberalismus allerdings nunmehr an Fahrt, allerdings auch an Deutungsvielfalt gewinnen (Lührmann/Hellmeier 2020; Kauth/King 2021).

Das Routledge Handbook on Illiberalism (Sajó u.a. 2022) vereinigt in seinen über 60 Beiträgen eine beachtliche Pluralität von Theorieperspektiven und eindrucksvolle Diversität illiberaler Phänomene von der Theokratie bis zu Militärregimen, von elektiven Demokratien bis hin zu solchen, die sich auf bonapartistische Referenden stützen. Ohne Zweifel werden diese ein facettenreicheres, allerdings auch unübersichtlicheres Bild des Illiberalismus präsentieren, zumal kein geschlossener Theorieentwurf sie zu einem Paradigma zusammenfügt. Gleichsam im Vorlauf hat einer der Herausgeber, András Sajó, mit »Ruling by Cheating« eine konzentrierte Vorstellung und engagierte Verteidigung der Problembezeichnung vorgelegt (Sajó 2021). Er untersucht die Verfassungsstrukturen illiberaler Demokratien sowie illiberale Phänomene in »reifen«, konsolidierten Demokratien (eine Unterscheidung, die nicht wirklich streng durchgehalten wird) und versucht zu zeigen, dass der globale Trend hin zu einem »milden Despotismus« nicht als Autoritarismus zu kennzeichnen ist, sondern als Missbrauch des Konstitutionalismus. Ganz offensichtlich hat Sajó das Orbán-Regime in Ungarn und Polen unter der Dominanz von Jarosław Kaczyński vor Augen, wohl auch Jair Bolsonaro in Brasilien. Seine These eines konservativen, plebejischen und patriotischen Verfassungsstaates inklusive Elementen von Rechtsstaatlichkeit versucht er im Übrigen auch an »illiberalen Demokratien« in Lateinamerika (insbesondere am *Chavismo* in Venezuela) zu validieren.

Das Definitionsproblem aller Verfechter des Illiberalismus als einer plausiblen Deutungskategorie ist offensichtlich: Sie müssen sich die Frage

stellen, wie man die systematisch verbundenen Zwillinge des Liberalen und Illiberalen trennen und den Illiberalismus analytisch freistehend zum Gegenstand von Analyse und Kritik machen kann. Man ist versucht, sich an die ungleichen Brüder Kain und Abel in der biblischen Schöpfungsgeschichte zu erinnern, die bekanntlich für beide keinen guten Ausgang nahm. Kain wäre gleichsam der Repräsentant des dunklen »Illiberalismus«, auf den immer schon Abels (liberaler) Glanz des Guten einen düsteren Schatten wirft. Der Politikwissenschaftler Thomas J. Main definiert Illiberalismus als grundlegende Ablehnung des Liberalismus aufgrund der Absage an demokratische Wahlen, Rechtsstaat (rule of law), Menschenrechte und Toleranz (Main 2022), womit sich Illiberalismus freilich kaum vom Autoritarismus abgrenzt. Zudem ruft Main auch den rassistischen *Ku-Klux-Klan*, die reaktionären Bewegungen von *Alt-Right* und *Dark Enlightenment* als Kronzeugen und Verfechter des Illiberalen auf, die sich allerdings kaum einheitlich als falsche Propheten kennzeichnen lassen. Sie finden ihre Einheit eher darin, dass (und soweit) sie faschistischen Versuchungen nachgeben. Eine überzeugendere Lösung präsentiert Marlène Laruelle, die das begriffliche Feld ordnet, indem sie mehrere ideologische Komponenten des Illiberalismus hervorhebt: insbesondere das Update konservativer Ansichten (Nationalismus), die Aktualisierung rechtsextremer Ideologien (der Glaube an die Metapolitik) und die verschärfte Kritik an oder vielmehr Polemik gegen Elemente des politischen Liberalismus (Antiparlamentarismus, Kritik an Minderheitenrechten). Darüber hinaus entfernt sich Marlène Laruelle weiter von der Etikettierung, indem sie »verschiedene semantische Räume« ausmacht, in denen der Begriff »illiberal« operationalisiert wird oder werden kann: »die Welt der Politik/Think Tanks, die politische Sphäre und die akademischen Bereiche«. ¹⁵

Fehlt der toxischen, politischen Ideologie und Praxis des Illiberalismus nicht gerade das, was eine einigermaßen funktionierende, rechtsstaatliche Demokratie auszeichnet: politische Freiheiten, Gewaltenteilung und rechtsstaatliche Institutionen und Verfahren, wie vor allem eine unabhängige Justiz? Träfe das zu, dann wäre »illiberale Demokratie« am Ende keine Alternative, sondern eben doch ein Oxymoron (Lührmann/Hellmeier 2020) und Nachklang von Francis Fukuyamas irrtümlich angenommenem Ende der Geschichte. In der Tat verdankt Illiberalismus seine Existenz als

¹⁵ Laruelle, Marlène (2021), »Illiberalism: A Conceptual Introduction« – (Zugriff: 01.03.2022), <https://www.illiberalism.org/illiberalism-conceptual-introduction/>.

Kategorie, die sich bei der Analyse politischer Herrschaft bewähren soll, in nahezu allen einschlägigen Studien einer Kombination von vier Faktoren. Diese sind, erstens, die formalistische Reduktion von Demokratie auf Wahlen; zweitens, die Entkoppelung einer derartigen Wahl-Demokratie von nennenswerten, grundrechtlichen und institutionellen Voraussetzungen (insbesondere Freiheit und Gleichheit der Wahl, Minderheitenschutz und nachgehende gerichtliche Kontrolle); drittens, die Kritik an liberalen Freiheitskonzepten und -rechten wegen ihres angeblich hypertrophen Individualismus und Schutzes von Minderheiten und ihren »dekadenten« Lebensformen; viertens, die kontrafaktische (Selbst-) Etikettierung »illiberaler« Regime als irgendwie doch demokratisch.

In der wissenschaftlichen Debatte wird diese Faktorkombination durchweg als Missbrauch von Demokratie bezeichnet, der vor allem darin bestehe, dass die für alle geltenden Regeln von der Regierung nicht eingehalten werden, dass vor allem die Änderung der Regeln nicht nach den dafür wiederum vorgesehenen Regeln geschehe (Sajó 2021 unter Verweis auf Dahl 1971). Die Regeln sind nicht als Regeln *in abstracto* von Bedeutung, sondern weil sie die Verantwortlichkeit der Regierung, ihre Begrenzung und gerichtliche Kontrolle gewährleisten (Przeworski 1995; O'Donnell 2004; Lührmann u.a. 2018; Sajó 2021). Als aktuelle Beispiele »illiberaler Demokratien« werden außer den bereits genannten Orbán und Kaczynski auch die Regierungspraxis von Erdoğan (Türkei), Fujimori (Peru), Evo Morales (Bolivien), Bolsonaro (Brasilien), Chávez (Venezuela) und Trump (USA) herangezogen.

Diese disparaten Fallbeispiele wie auch die diversen Definitionen von Illiberalität geben zu erkennen, warum sich das Konzept der »illiberalen Demokratie« gegenüber alternativen Angeboten wie Semi- oder Pseudo-Demokratie, verkürzte oder defekte Demokratie, hybride Demokratie oder »weiche Autokratie« (Levitsky/Way 2002) nicht ohne erhebliche Schwierigkeit profilieren lässt. Im Kern fordert die Kritik des politischen Illiberalismus primär die wesentlichen Elemente von (an westlichen Modellen orientierter) Rechtsstaatlichkeit und von Freiheitsrechten ein und richtet den Fokus auf die politischen Spielregeln (Gesetze). Diese werden, so das zentrale Argument, von Amtsträgern und Regimen verletzt, die zwar vorgeben, eine Regel zu befolgen, sie aber brechen oder umgehen, um sich unverdiente Vorteile zu verschaffen (Sajó 2021). Nur vermittelt kommen (demokratische) Partizipation und Repräsentation, Kommunikation und Öffentlichkeit ins Bild. Von einer Analyse »illiberaler Demokratien« wären gerade hierzu Aussagen zu erwarten.

3.3 Autoritarismus

Im Unterschied zum Neologismus Illiberalismus stellt sich Autoritarismus als ein zwar ebenfalls »contested concept« vor, nicht aber als wissenschaftlicher Kunstbegriff. Unstreitig bedarf er der Definition und Abgrenzung, nicht aber der Einführung. Sowohl die Alltagssprache als auch die Begriffsgeschichte kommen dem Verständnis von Autoritarismus entgegen – erstere freilich mit dürftigen Erläuterungen. Ein weiterer Unterschied: die Begriffsgeschichte setzt nicht im 21. Jahrhundert ein, sondern reicht über das »Zeitalter der Extreme« im 20. Jahrhundert jedenfalls bis ins lange 19. Jahrhundert zurück, in dem Autoritarismus wiederholt mit dem Bonapartismus in Verbindung gebracht wird (Marx 1852; Rémond 1954). Den Bonapartismus führten zuletzt auch Autoren ein, um den autoritären Kern als populistisch bezeichneter Protagonisten wie Donald Trump herauszupräparieren (Beck/Stützle 2018; kritisch Nabers/Stengel 2017).

Mit Populismus und Illiberalismus teilt Autoritarismus die Doppelnatur eines sowohl empirischen wie auch normativen Konzepts. Dem Populismus werden, wie ausgeführt, in den (sozial-) wissenschaftlichen Debatten diverse Attribute und eine politische Grundhaltung zugeordnet, die am Ende meist kontrovers bleiben. Hinsichtlich des Autoritarismus sind mehrere Analyseebenen zu unterscheiden – insbesondere die Einstellungen, Praktiken und Programme von Personen, Gruppen/sozialen Bewegungen, Parteien und Regimen. Die Phänomene des Autoritären werden jedoch im Zugriff der interessierten Wissenschaften »departementalisiert« (Gessenharter 1983) und nach ihrer je spezifischen Logik und Methodik aufgearbeitet. Die Reduktion autoritärer Komplexität auf den Dualismus einer *Staatsform* (Linz 2003), die nicht auf einer bestimmten oder differenzierten Ideologie basiert, und eines *Erziehungsstils*, der die Entwicklung des »autoritären Charakters« antreibt (Adorno u.a. 1950 und 1995), wäre ein erster Zugriff auf die Autoritarismus-Debatten. Dieser wird freilich weder der Pluralität der Ansätze in der Forschung noch den in diesem Band zusammengeführten theoretischen Perspektiven auf verschiedene Treiber des Autoritarismus gerecht, wie etwa soziale Desintegration, Entfremdung, Diskriminierung, kapitalistische Landnahme (Dörre 2009), Globalisierung, Migration und Religion. Außerdem ist die Reduktion ganz offensichtlich nicht auf der Höhe der Theoriebildung und nimmt die Ergebnisse empirischer Untersuchungen zumal in der vergleichenden Regimelehre und Politikwissenschaft (Geddes 1999; Geddes u.a. 2018; Rensmann u.a. 2011; Frankenberg 2020; Apple-

baum 2021; Schäfer/Zürn 2021; Zürn in diesem Band) nicht hinreichend zur Kenntnis: Sie verfehlt sowohl die Analyse von ökonomischen Prozessen und politischen Folgen im autoritären Kapitalismus (Dörre 2009 und in diesem Band; Heitmeyer 2018 und in diesem Band) als auch die sozialpsychologische und soziologische Erforschung von Eltern-Kind-Beziehungen («Veralten des autoritären Charakters») (O. Decker u.a. 2010 und in diesem Band) und der politischen Einstellungen (Decker/Brähler 2018 und 2020) und geschlechtsspezifischen Einstellungen (Sauer in diesem Band; Bargetz/Eggers in diesem Band) sowie die Untersuchungen autoritärer Phänomene der politischen Kultur (Diehl 2019 und ihr Beitrag in diesem Band).

Der Analyse des Autoritarismus ist nicht mit einem Kain/Abel-Vergleich beizukommen, da sie sich weder auf Liberalismus noch einen anderen Gegen-Begriff als ihr *Definiens* stützen muss. Autoritarismus steht dennoch nicht völlig unangefochten und frei als Bezeichnung eines isolierten Phänomens in der Welt. Vielmehr muss er (genauer: müssen die Analysten) sich an einer schwierigen und mehr als begrifflichen Beziehung zu Autorität abarbeiten und sich zudem vom Totalitarismus abgrenzen (LinZ 2003; Lams u.a. 2014; Frankenberg 2020: Kap. III). Als Legitimations- und Strukturmuster politischer Macht verweist Autoritarismus auf eine Beziehung zwischen Machthabern (Amts-, Funktions- und Handlungsträgern in formal definierter oder auch informeller Stellung) in Regierungen, Parteien und anderen Organisationen einerseits und Machtunterworfenen (Mitgliedern, Gefolgsleuten, Anhängern) andererseits.

Je nach theoretischem Paradigma gründet Macht in Sprache, Wille oder Gewalt (Arendt 1970 und 2017; Weber 2002; Luhmann 1975; Rudolph 2017; Ringen 2011). Stets ist diese *Beziehung* in der sozialen Praxis, in der sie sich konstituiert und zur Geltung kommt, abhängig von der Autorität des *Machthabers* und der Reaktion derjenigen, die ein auf Macht gestütztes Verhältnis eingehen. Wird Autorität aus freien Stücken zugeschrieben – sei es aus Bewunderung, Respekt, Ehrfurcht, begeisterter Unterstützung oder gleichmütiger Duldung –, gründet sie in Anerkennung, die zunächst eine *symmetrische* Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten konstituiert, in der jemand ein Regierender/Führer ist, weil sich andere zu ihm als Regierte/Gefolgschaft verhalten, und diese umgekehrt glauben, Gefolgschaft/Regierte zu sein, weil jener ein Regierender/Führer ist (Marx 1972: 72). Mit der Anerkennung von Autorität, so ließe sich sagen, wird wiederum eine Asymmetrie aufgerichtet. Von einer totalitären oder erzwungenen unterscheidet sie sich freilich dadurch, dass sie freiwillig eingegangen wird. Autorität kommt mit-

hin *zwanglos* in der sozialen Praxis von nicht unbedingt normativ anspruchsvoller, wechselseitiger Anerkennung zustande:

»Autorität hängt von der Bereitschaft der anderen ab, zuzuhören und sich überzeugen zu lassen. Kein Regierender hat eine andere Autorität als die, die andere in ihm erkennen. Er hat die Autorität, die er von denen, die er führen will, erlangen kann und die sie ihm zugestehen. Die Autorität ermöglicht es dem Regierenden, andere dazu zu bringen, für ihn zu arbeiten, aber gleichzeitig ist der Regierende von eben diesen anderen abhängig, wenn es um die Autorität geht, die er braucht, um zu führen. Die Autorität scheint also dem Regierenden zu gehören, ist aber in Wirklichkeit ein Geschenk derer, über die er Autorität ausüben will [...].«¹⁶

In autoritären Kontexten scheitert diese Anerkennung und fehlt die symmetrische Beziehung zwischen denen, die regieren/entscheiden, und denen, die regiert werden/über die entschieden wird. Es bedarf also keines (liberalen) Gegenbildes, um autoritäre Führungspersonen oder Regime, eine autoritäre Programmatik oder Einstellung als deren Schattenriss identifizieren zu können. Nach Max Weber besteht Macht in der »Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« (Max Weber 1976: 28). Webers handlungstheoretischer Zugang, den er in Bezug auf Herrschaft enger gefasst hat als »die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«, lässt sich *zwanglos* mit den Überlegungen zu Autorität verbinden. Autorität wird autoritär, wenn Willfähigkeit aufgenötigt, Unterwerfung durch Täuschung bewirkt, Gehorsam durch Drohung oder handgreifliche Gewalt erzwungen wird. Dann stützt sich Autorität auf die »power to get things done« (Ringen 2013). In dieser *Erledigungsmacht* (auch der Sehnsucht, eine solche zu haben) verschafft sich die Asymmetrie von autoritären Beziehungen Geltung und entwickelt eine Dynamik, in der Gewalt zutage treten kann.¹⁷ Hierauf ist

16 Im Original: »Authority depends on the willingness of others to listen and be persuaded. No governor has any other authority than that which others see in him. He has the authority he is able to extract from those he wants to lead and which they are willing to award him. Authority enables governors to get others to do for them, but at the same time the governor is at the mercy of those same others for the authority he needs in order to lead. Authority, then, although appearing to belong to the governor, is really a gift from those he wants to exercise authority over« (Ringen 2011).

17 Ein Beispiel aus dem Lehrbuch des Totalitären: Putins Inszenierung des vor der Invasion in die Ukraine einberufenen Nationalen Sicherheitsrates am 27.02.2022, insbesondere die Abkanzlung des Spionagechefs, Sergej Naryschkin, <https://www.focus.de/politik/ausland/>

zurückzukommen, wenn zwischen Autoritarismus, Macht und Gewalt ein (hier notwendiger Weise verkürzter) Zusammenhang hergestellt wird.

Autoritarismus leidet unter der Verwandtschaft zu seinem Amok laufenden Bruder, dem Totalitarismus. Das Leiden lässt sich begrifflich und theoretisch durch Abgrenzung bewältigen, jedenfalls lindern.¹⁸ Der herkömmliche Blick auf die verschärfte Repressionstechnik in totalitären Systemen mag als notwendige Bedingung einer solchen Abgrenzung plausibel sein (Linz 2003). Freilich sind weitere Merkmale hinzuzufügen: Hannah Arendt sieht die totalitäre Steigerungsform des Autoritarismus in einer hermetischen, totalisierenden Ideologie und im Terror:

»Das eiserne Band des Terrors konstituiert den totalitären politischen Körper und macht ihn zu einem unvergleichlichen Instrument, die Bewegung des Natur- oder Geschichtsprozesses zu beschleunigen. [...] Die an sich notwendig ablaufenden Prozesse will der Terror auf eine Geschwindigkeit [...] bringen, die sie ohne die Mithilfe der zu einem Menschen organisierten Menschheit nie erreichen könnten« (Arendt 1986: 714).

Im Terror, der alle und alles erfassenden, jede Form der Systemkritik und Opposition erdrosselnden sozialen Kontrolle und Unterwerfung, zeigen Regime besonders drastisch und deutlich ihr totalitäres Gesicht. Die Propagierung einer geschlossenen Ideologie, die vom allfälligen Terror exekutiert wird, steht im Dienst einer säkularisierten »politischen Religion« (Aron 1965). Dies ist der Ansatz, totale oder totalitäre Regime nicht nur durch ihre Staatstechnik zu definieren, sondern als Träger einer »anonymen Intentionalität« zu begreifen (Lefort 1988; Gauchet 1990). Diese Intentionalität zielt auf das Phantasma einer Gesellschaft ab, in der alle gleichen Sinnes sind und die sich selbst transparent ist. Der wüste Alptraum von einer gleichgesinnten und gleichgeschalteten Gesellschaft lässt keinen politischen Pluralismus, keine Diversität von Visionen des guten Lebens, keine Interessengegensätze zu. Diesen Alptraum, dieses Geheimnis des Totalitären muss ein Regime um jeden Preis abschirmen. Außer den Terror zu institutionalisieren, muss es verbieten, Herrschaft auch nur irgendwie in

praesident-korrigierte-ihn-live-putins-spionagechef-verspricht-sich-in-sitzung-praesident-korrigiert-ihn-live_id_57222085.html/ (Zugriff: 19.03.2022). Sie erinnert an die »Audienzen« eines seiner früheren Amtsvorgänger, Josef Stalin, in den Zeiten des Terrors. Vor der jeweiligen Demütigung und Einschüchterung mussten sich die vom Diktator Bedrohten von einem »Hosenwechsler« bedienen und ihrer Notdurft entledigen lassen (Maljartschuk 2022).

18 Im Übrigen nehmen auch Autoren eine solche Abgrenzung vor, die das Illiberalismus-Paradigma oder den Populismus als Folie für die Deutung autoritärer Phänomene präferieren (Sajó 2021; Diehl/Cavazza 2012).

Frage zu stellen, und diejenigen, die dies gleichwohl wagen, als Dissidenten zu Feinden zu erklären (Rödel u. a. 1989) und ihrer Freiheit und Lebenswelt, ja, ihres Lebens zu berauben.

Anschauungsunterricht des Totalitären erteilt der russische Präsident Putin, gestützt auf den Machtapparat und das Gewaltarsenal seiner repressiven, polizeistaatlichen Diktatur (Guriev/Treismann 2022). Längst hat diese die Grenzen des bloßen Autoritarismus oder einer »gelenkten Demokratie« (Mommssen/Nußberger 2007) überschritten. Insbesondere seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine verzeichnen Autor:innen eine Entwicklung von einem autoritären zu einem totalitären Staat oder einer neuen Form des Stalinismus, in der die Lüge mit dem Strafrecht geschützt wird¹⁹ und die verbrecherische Gewalt triumphiert. Michael Khodarkovsky kennzeichnet das Regime als puren Faschismus²⁰:

»Wie bei allen solchen Regimen geht es um imperiale Nostalgie, Restauration und Expansionismus. Faschistische Regime stützen sich auf empfundene Demütigungen durch das Ausland und auf einen nationalen Führer, dessen Männlichkeit, Wille und Entschlossenheit versprechen, die vergangene Relevanz und Größe wiederherzustellen« (2022: 14).

Die Phänomene des Autoritären sind ersichtlich ebenso komplex wie umstritten. Folglich ist weder mit einer »Verständigung auf eine einheitliche Begrifflichkeit« (Virchow 2017: 17) noch mit einer uniformen Beschreibung der Phänomene in naher oder ferner Zukunft zu rechnen. Auch mit Autoritarismus wird hier ein Vorschlag unterbreitet, von dem wir hoffen, dass er Anschlüsse ermöglicht und sich für die weitere Diskussion als geeignet anbietet. Das gilt zum Beispiel auch für die zumindest temporäre Renaissance des technokratischen Autoritarismus (dazu Zürn in diesem Band). Nach jüngsten Studien, insbesondere der Metastudie des *Centre for the Future of Democracy* (2022), hat die Entzauberung der Demokratie, wie oben ausgeführt, auch den sogenannten Populismus infiziert und im Gegenzug den Glauben an die Expertise der Technokraten ins Kraut schießen lassen. Ob der technokratische Autoritarismus sich auf einem Wertewandel stützen kann, ist nicht ausgemacht. Ob er sich über die Zeit der Pandemie hinaus und bei Wiederein-

19 Ein Beispiel: Wer den Krieg einen Krieg nennt, statt »militärischer Sonderaktion«, muss in Russland mit bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe rechnen (Oksanen 2022).

20 Siehe auch das Interview von Ann-Dorit Boy mit dem früheren Kreml-Berater Inosemzew, »Putin ähnelt Mussolini«, in: *Spiegel Ausland* v. 20.03.2022 <https://www.spiegel.de/ausland/russland-ist-eine-klassische-diktatur-sagt-der-russische-oekonom-wladislaw-inosemzew-a-6b319a2d-bf28-4d5a-98aa-a8791a29fcf/>.

setzen der derzeit gebremsten Dynamik der Globalisierung der Wirtschaft »an der Macht halten«, gegenüber einer Rückkehr zu Demokratie oder anderen autoritären Versuchungen behaupten kann, bleibt abzuwarten.

Die Konjunkturen und Ausprägungen des Autoritären verweisen darauf, dass die »Arbeit am Begriff« ebenso unverzichtbar ist wie auch die Schärfung der Deutungsprofile. Allerdings denken wir, dass es für die mediale Aufbereitung des Autoritären wie auch für den wissenschaftlichen Dialog hilfreich wäre, wenn konzeptionelle Präferenzen und interpretative Zugänge expliziert und damit der Diskussion zugänglich gemacht würden. Dieser Aufgabe sollen die hier vorgelegten, gewiss unvollständigen Profile dienen, die in einem nächsten Schritt um Logiken und Praktiken des Autoritarismus und danach um Hinweise auf dessen Beziehung zur Gewalt ergänzt werden.

4. Grunderzählungen des Autoritären, Diskurslogiken und Konfliktpraktiken

Zu den Grunderzählungen, die in der Entwicklung des Autoritären eine dominante Rolle spielen, gehören primär die Bedrohung von Ordnung, das Zerstören von Hierarchien und Dominanzen, die Auflösung von Identitäten, der Opferstatus aufgrund es Agierens feindlicher Mächte im Inneren wie von außen und Fantasien vom Untergang des (deutschen) Volkes. Dieser Duktus von Bedrohung, Zerstörung, Auflösung und Untergang hat u.a. die Funktion, kollektive Ängste zu schüren, zugleich Mobilisierungen in Gang zu setzen und autoritäre Bewegungen und Bestrebungen anzutreiben. Aus den Narrativen ist zu ersehen, dass der Begriff des Autoritarismus eine nicht unerhebliche Ambivalenz mit sich im Gepäck führt. Sie verweist auf die unterschiedlichen Kontexte, in denen das Autoritäre zum Einsatz kommt und sich Resonanz verschafft. Diese Kontexte bedürfen der Klärung. Das soll im Folgenden dadurch geschehen, dass zunächst die Unterscheidung von Diskurs- und Konfliktkonzepten eingeführt wird, um den Begriffskern des Autoritarismus in Umrissen zu profilieren. Daran schließen sich Überlegungen zum Verhältnis von Autoritarismus, Macht und Gewalt an.

4.1 Diskurslogiken

Die Diskurslogik des Autoritären äußert sich in der politischen Rhetorik. Es tritt vor allem in programmatischen Erklärungen und Wahlpropaganda in Erscheinung. Diese weisen, wie das nachfolgende Tableau zeigt (Abbildung 1), eine dichotomische Struktur auf und konstruieren manichäische Weltbilder, häufig anzutreffen sind der erwähnte Gegensatz vom wahren Volk (»Volkskörper«), das von abgehobenen, korrumpierten Eliten beherrscht wird, und Narrative einer Gesellschaft, deren Homogenität von »Überfremdung« bedroht ist (Decker/Brähler 2020; vgl. zur Dichotomisierung auch Günther in diesem Band). In autoritären Narrativen fungiert die Metropole als Chiffre für die korrupte Elitenherrschaft: Die *Lega (Nord)* gefällt sich dabei, die Regierung in Rom als »Roma Ladrona« (Rom, die Räuberin) zu bezeichnen. In den USA wird im autoritären Diskurs das »wahre Amerika« gegen Washington aufgestellt; im »Sturm auf das Capitol« (dazu Diehl in diesem Band) schritt es nach der Abwahl des autoritären Nationalradikalen Trump zur umstürzlerischen Tat. Hierzulande übernehmen Berlin und Brüssel in den Verlautbarungen autoritärer Organisationen die Rolle eines »Totems der Elitenkritik«, der es ermöglicht, die politischen Gegner für die Anhängerschaft plausibel als unverantwortlich, volksfern, egoistisch zu beschreiben, etwa die Abgeordneten des Bundestages als vegane Radfahrer und Kosmopoliten (Haffert 2018).

4.2 Konfliktkonzepte und -praktiken

Die Rhetorik autoritärer Führer und die Programmatik autoritärer Organisationen und Regime gewinnen an Schärfe in den allfälligen politischen Auseinandersetzungen, in Wahlkämpfen und Mobilisierungskampagnen. Die erwähnten dichotomischen Strukturen und manichäischen Weltbilder, in denen sich korrupte Eliten und das gute Volk nebst deren selbsternannten Repräsentanten in absoluter Gegnerschaft gegenüberstehen, prägen eine Logik, die darin besteht, dass Kontroversen als Entweder-Oder-Streite (Hirschman 1994) definiert und ausgetragen werden. Für diese ist kennzeichnend, dass ihr Streitgegenstand eine Alles-oder-Nichts-Struktur aufweist, die sich der Verhandlung und dem Kompromiss entzieht (Frankenberg 2003). In solchen nicht »gehegten« bzw. »unteilbaren« Konfrontationen kann die Idee der Selbstbindung und Selbstbeschränkung im

Gesellschaftliche Ebene	
Politik	<i>Volk</i> vs. Elite
Macht	<i>Überlegenheit</i> vs. Unterlegenheit
Ziele Gesellschaft	<i>geschlossene</i> vs. offene Gesellschaft
Wertestruktur	<i>Anti-Pluralismus</i> vs. Vielfalt
Geschichte	<i>Verklärung</i> vs. Aufklärung
kollektive Identität	<i>Deutsch-Sein</i> vs. Internationalität
Kultur	<i>Reinheit</i> vs. Überfremdung/Dekadenz
Gruppenebene	
Gruppenformation	» <i>wir</i> « vs. » <i>die</i> «
Gemeinschaftsform	<i>Homogenität</i> vs. Heterogenität
Status	<i>Etablierte</i> vs. Eindringlinge
Gruppenrelationen	<i>drinnen</i> vs. draußen
Individuelle Ebene	
Bewertung von Menschen	<i>Ungleichwertigkeit</i> vs. Gleichwertigkeit
Denkstile	<i>Emotionalisierung</i> vs. Rationalität
Selbstbilder	<i>Opfer</i> vs. fremde Aggressoren
Moral	<i>Wahrheit</i> vs. Unwahrheit

Abb. 1: Dichotomisierung von Weltbildern.

Quelle: Heitmeyer 2018, S. 248.

Konflikt unter rechtlich Gleichen nicht zum Zuge kommen, soweit es den Streitparteien »ums Ganze« geht und sich etwa die Wahrheit oder Identität nicht nach den Regeln von mehr oder weniger in einen Verteilungskonflikt übersetzen lässt. »Alles oder nichts« oder »ums Ganze« impliziert absolute Gegnerschaft: »[B]ereits die bloße Vorstellung, sich selbst in diesem substantiell heterogenen Anderen wiederzufinden, [erscheint] von vorne herein sinnlos« (Gauchet 1980).

In den von autoritären Bewegungen, Organisationen und Regimen geführten Konflikten geht es nicht um Verständigung oder Verhandlungen, sondern um Entscheidungen zugunsten einer rigiden Machtdurchsetzung und Machtsicherung mit möglichst umfassender Verhaltenskontrolle in allen Lebensbereichen der Gesellschaft und den Institutionen des politischen Systems. Die autoritären Strukturen und die überschießende, autoritäre In-tendenz solcher Auseinandersetzungen treten besonders deutlich in der Art und Weise hervor, wie unteilbare Forderungen und Interessen durchgesetzt werden sollen. Typischerweise, wenngleich nicht immer, geschieht

dies unter Rückgriff auf Streitmethoden, die aufs Ganze gehen, also keine Toleranz und Selbstbeschränkung auf zivile/demokratische Streitformen akzeptieren, sich also nicht durch Verfahren und Regeln zügeln lassen, die stets bei Verteilungskonflikten ins Spiel kommen. Auf den Kampffeldern von Ethnie, Identität, Religion vorgetragene Forderungen zeigen ihr autoritäres Gesicht, wenn sie im Medium der Politik unbedingte Gefolgschaft oder Exklusivität beanspruchen (wie ethnische Reinheit, Abstoßung der Fremden oder eine »Leitkultur«). Wer widerspricht, muss befürchten, dass Hass die Antwort ist und dass ihm das Recht, im öffentlichen Raum gleichberechtigt zu existieren, abgesprochen wird. »Das Modell der Ausschließung verdrängt das Modell der Konkurrenz« (Frankenberg 2003: 162).

5. Autoritarismus im Verhältnis zu Macht und Gewalt

Die politische Rhetorik und Konfliktpraxis sowie das Modell der Ausschließung sind in besonderer Weise klärungsbedürftig, wenn und soweit sie das Verhältnis von Autoritarismus, Macht und Gewalt betreffen. Die breit gefächerte und weit ausgreifende, wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Begriff und zu den Phänomenen von Macht, auch verengt auf politische Herrschaft (vgl. Imbusch 2012: 10 ff.), und Gewalt²¹ (Heitmeyer/Hagan 2002: 16 ff; Heitmeyer 2004; Galtung 1975; Riches 1986; Koher 2007), kann hier aus naheliegenden Gründen nicht annähernd angemessen rekapituliert werden. Sowohl bei Macht wie auch bei Gewalt handelt es sich, auch wenn man sich auf die Perspektive der Handlungstheorie beschränkt, um höchst unbestimmte, kontroverse, gegensätzliche, aber intern verbundene Konzepte: »Obwohl Macht und Gewalt ganz verschiedene Phänomene sind, treten sie zumeist zusammen auf« (Arendt 1970: 7 ff. und 57).

Bei der ersten Profilierung von Autoritarismus (vgl. Kap. 3) wurde ein relationales Verständnis von Autorität eingeführt, um damit die soziale

21 »Violence [...] evolves diverse questions and conflicting answers. Is violence an outrage or a necessity? An enemy of freedom and social order or their indispensable foundation? A rational means or a self-frustrating instrument? Is it the outcome of perverted learning or a normal, instinctual need? Is violence a pathological or a voluntary form of behavior for which agents bear full responsibility? Can societies prevent its occurrence or must they resign themselves to an order including it? The need for philosophical clarity is evident not only in the controversial answers to these typical questions, but also in the manner in which the very questions are stated« (Lawrence, J. 1970, »Violence«, in: 1 *Social Theory and Practice*, 31).

Asymmetrie in Machtverhältnissen hervorzuheben, die bei der gewaltförmigen Machtausübung ins Zentrum rückt und Momente der Verständigung, Überzeugung und Zustimmung vollends verdrängt. Im Kontext des Autoritären und der Gewalt tritt der Aspekt der *Kontrolle* mit *Überwältigungsaspekten* in Gesellschaft und Staat hervor, woraus sich auch andere Legitimationsstandards ergeben als im Zusammenhang mit dem politischen Herrschaftsbegriff. Im Gewaltkontext lässt sich die oben erwähnte Erledigungsmacht, wenn man Popitz (1986) folgt, in vier Typen der Macht differenzieren: Aktionsmacht als *Verletzungsmacht*; instrumentelle Macht als *Unterwerfungsmacht*; autoritative Macht als *verhaltenssteuernde* Macht und datensetzende Macht als *objektivierte Macht technischen Handelns* (Imbusch 2012: 16). Sowohl die Verletzungs- wie auch die Unterwerfungsmacht verweisen auf gewaltförmige Formen und Praktiken der Machtausübung. Im Verhältnis solcher Machtvarianten zur Gewalt stellt sich neben der begrifflichen Uneindeutigkeit die Frage ein, wann Gewalt beginnt, etwa um »unauffällige« Formen eher schleichend herauszubilden. Außerdem sind die verschiedenen Ausführungen aufzurufen, also u.a. individuelle Gewalthandlungen, Gewalt im Geschlechterverhältnis, kollektive Gewalt, strukturelle Gewalt oder staatliche Gewalt.

In den Analysen dieses Bandes sind auch Formen der *politischen Gewalt* ein zentrales Thema. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass sich in jedem politischen Verhalten und in jeder politischen Gewalt immer zentral die Machtfrage stellt. Anders gesagt: Jede Form der Gewalt ist immer eine Machtdemonstration (Popitz 1986; Giddens 1985). Dies gilt auch für alle Formen individueller Gewalt in häuslichen Kontexten oder in der Öffentlichkeit, für kollektive Gewalt zwischen Jugendgruppen oder zwischen kriminellen Gangs. Diese Gewaltformen haben aber jeweils einen begrenzten Radius und sind in der Regel von begrenzter Dauer, es sei denn, es entwickeln sich Gewaltstrukturen wie in mafiösen Netzwerken. Gleichwohl stehen diese Formen in einem demokratischen Rechtsstaat immer unter dem (mehr oder weniger effektiven) Zugriff von Kontrollinstitutionen und dem Justizsystem mit seinen Apparaturen der Strafverfolgung.

Politische Gewalt im hier angelegten Verständnis des Autoritären hat andere Wirkungs- und Geltungsbereiche, in die dann auch die Kontrollinstitutionen und das Justizsystem integriert und auf die gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Kontexte ausgedehnt werden sollen.

Dabei sind weitere Unterscheidungen notwendig. Aufstände, Pogrome und unfriedliche Massenproteste sind typische Beispiele kollektiver politi-

scher Gewalt, die dann von staatlicher Gewalt abzugrenzen sind. Gleichwohl können Gewaltdynamiken sowohl das eine oder andere wechselseitig in die Eskalation treiben. Oder aber kollektive Gewaltausbrüche können von der Staatsgewalt angetrieben, gebilligt oder geduldet werden. Der Staat gibt dem Mob freie Hand und bestraft dann die Opfer.

6. Diskurs- und Handlungsformen des rechtsautoritären und rechtsextremen Spektrums

6.1 Begriffe, Definitionen

Für die »Übersetzung« des Autoritären in die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Zustände und Entwicklungen ist eine Fokussierung auf das rechtsautoritäre und rechtsextreme Spektrum angebracht. Virchow (2016) zeigt in seiner differenziert und breit angelegten Darstellung von Begriffen, Forschungsfeldern und Kontroversen die erhebliche Spannbreite begrifflicher, theoretischer und empirischer Ansätze. Sie lassen danach keine Verständigung auf einheitliche Zugangsweisen erwarten, was allerdings kein Manko für weiterführende Erkenntnisse sein muss. Gleichwohl sind Referenzpunkte sinnvoll, an denen die jeweiligen eigenen Ansätze zustimmend, variierend oder ablehnend »abgearbeitet« werden. Dies beginnt schon im Begrifflichen, wenn die Folgen der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Grundwerte untersucht werden sollen.

Versuche aus der Politikwissenschaft wurden mit einer sogenannten »Konsensdefinition« von Rechtsextremismus gestartet (Virchow 2017: 17; Kreis 2007: 13–15). Dieser Konsensversuch hat allerdings aus soziologischer Sicht ein gravierendes Defizit. Die Dimension der Gewalt bleibt dem Konzept auf der Einstellungsebene ausgeblendet. Eine solche Akzentuierung findet sich bei Heitmeyer u. a. (1992: 13 f.) mit der Kernverbindung von Ideologie der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz. Dabei enthält die Ideologie der Ungleichheit zwei zentrale Dimensionen. Die erste ist *gruppenbezogen* auf *Ungleichwertigkeit* ausgerichtet. Später ist sie als »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« konzeptualisiert und untersucht worden (Heitmeyer 2002). Sie zeigt sich in Facetten wie nationalistische bzw. völkische Selbstübersteigerung; rassistische Einordnung; soziobiologische Behauptung von natürlichen Hierarchien; sozialdarwinistische Betonung des Rechts

des Stärkeren; totalitäre Normverständnisse im Hinblick auf Abwertung des »Anders-Seins« und die Betonung von kultureller Homogenität gegen Heterogenität.

Die zweite Dimension ist *lebenslagenbezogen* und zielt auf Ausgrenzungsforderungen in Form sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher und politischer Ungleich*behandlung* von Fremden und »Anderen«. Die Gewaltakzeptanz zeigt sich in vier ansteigend eskalierenden Varianten der Überzeugung unabänderlicher Existenz von Gewalt, Billigung von privater und repressiver staatlicher Gewalt, eigener Gewaltbereitschaft und tatsächlichen Gewalttätigkeiten. Dahinter steht die Grundannahme, dass Gewalt als »normale« Aktionsform zur Regelung von Konflikten legitim sei. Von daher rührt die Ablehnung rationaler Diskurse; die Betonung des alltäglichen Kampfes ums Dasein; Ablehnung demokratischer Regelungsformen von sozialen und politischen Konflikten sowie die Betonung autoritärer und militaristischer Umgangsformen und Stile.

Neben dieser definitorischen Erweiterung bedarf die politikwissenschaftliche Forschung zum Rechtsextremismus mit einer Fixierung auf Parteiprogramme, Wahlerfolge, politische Symbole und historisch-politischen Bezugnahme einer Ausweitung. Mit dem politikwissenschaftlichen Schwerpunkt allein auf das Parteiensystem (Bieling 2017) kann der Aufschwung rechter und rechtsextremer Kräfte in der Gesellschaft nicht erklärt werden. Deshalb eröffnet eine explizit soziologische Rechtsextremismusforschung den Blick auf die Zusammenhänge zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturentwicklungen, den individuellen und kollektiven Verarbeitungen und den politischen Handlungskonsequenzen (vgl. Analysemuster bei Heitmeyer 2018: 43–48), wenn ein entsprechendes Handlungsangebot vorhanden ist. Dazu gehört eine Vielfalt von Formen militanter Proteste, die sich als entschiedene, häufig diktaturaffine und auch gewaltbereite Feindschaft im Dreieck von kultureller Liberalisierung, ökonomischer Deprivation und politischer Entfremdung verorten lassen (Rucht 2018: 74 ff. und in diesem Band) Das bedeutet auch, nicht mehr nur einzelne Aspekte oder Ereignisse parzelliert in den Blick zu nehmen, sondern die »rechten Bedrohungsallianzen«, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, mit Hilfe des »konzentrischen Eskalationskontinuums« sichtbar zu machen (Heitmeyer u. a. 2020: 58 ff.). Das ist auch ein Plädoyer dafür, die Qualitätsveränderungen rechter Bedrohungsallianzen in die Analyse einzu beziehen. Dazu gehören u. a. die Modernisierung historischer Ideologien; Ausweitungen von Resonanzen im politischen Raum durch Ausdifferen-

zierung von Erscheinungsformen mit fortschreitender Anschlussfähigkeit für die »rohe Bürgerlichkeit«; flexibilisierte Kommunikationsformen mit erhöhter Mobilisierungsfähigkeit; eskalationsorientierte Aktionsformen bis hin zur Offensive mit erhöhter Terrorfrequenz.

6.2 Identitätspolitik

Die Qualitätsveränderungen zu autoritären Entwicklungen lassen sich nicht ohne Identitätspolitik denken. Die weitverzweigte politische Debatte (vgl. u. a. Sauer 2020 und in diesem Band; Stegemann in diesem Band) hat sich in den letzten zehn Jahren zunehmend aggressiv aufgeladen als Machtfrage im Duktus unteilbarer Konflikte des »Entweder-Oder« (vgl. Kap. 4). Es geht um das Ganze. Der Kern findet sich in essentialistischen kulturellen Zuschreibungen von ethnischen Zugehörigkeiten und verhärteten Gruppengrenzen von »Wir« gegen »Die«. Damit werden die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Verfestigung von Hierarchien und Dominanzen in einer kulturellen Homogenität des (jeweiligen) Volkes hochgestemmt. Ausgrenzung ist das Programm.

In der politischen Umsetzung als soziale Bewegung treten die »Identitären« auf; entstanden in Frankreich, verbreitet in Österreich und mit Ablegern in Deutschland. Ihre Kernbotschaft ist der »Ethnopluralismus«: jede Ethnie im eigenen Sozial- oder Staatsraum. Damit ist die zentrale Zielrichtung gegen die offene und damit pluralistische Gesellschaft festgeschrieben und wird mit innovativen Präsentationsformen aggressiv in der Öffentlichkeit präsentiert, um vor allem die junge Generation aufzugreifen. Die »Identitären« sind deshalb Teil einer autoritären Revolte (Weiß 2017). Ihre Identitätspolitik hat – wie auch jene aufkommende Identitätspolitik von links²² – gesellschaftszerstörerische Folgen. Die beschriebene Form reiht sich umstandslos ein in rechte Bedrohungsallianzen.

22. Die aktuelle Debatte um Identitätspolitik von Links in einer kulturell-heterogenen Gesellschaft hat zwar andere Motive aufzuweisen, um verschiedenen Minderheiten zu mehr Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern und zur anerkennenden Integration in dieser Gesellschaft zu verhelfen. Die damit in den öffentlichen Äußerungsformen verbundenen Verhärtungen von Gruppengrenzen mitsamt einer »Cancel Culture« verweisen aber darauf, dass die Mechanismen strukturell der Identitätspolitik von rechts gleichen, soweit sie einen autoritären Grundton aufweisen. Deshalb hält Stegemann (2021) die auf Moral und Empörung ausgerichtete Identitätspolitik von links für einen gefährlichen Irrweg (s. auch Stegemann in diesem Band).

Bedrohungsallianzen, Terrorfrequenz, militante Proteste auch der »Identitären« rücken die Entstehung von Eskalationsdynamiken ins Blickfeld, mit denen die zustimmende oder schweigend duldende Beteiligung von erheblichen Teilen der Bevölkerung zu erfassen ist. Die Rolle der Bevölkerung als Komplizen oder stille Teilhaber des Regimes (Frankenberg 2020: 249–254) verweist darauf, dass auch autoritäre Eliten auf Legitimation und Partizipation angewiesen sind, solange sie ein formales Demokratiesystem westlicher Prägung aufrecht erhalten wollen oder aber durch politische, ökonomische und soziale Gegenkräfte dazu genötigt werden. Zeigen lässt sich dies mithilfe des Modells des erwähnten »konzentrischen Eskalationskontinuums«. Dessen Ausgangsgröße sind im »Zwiebelmodell« mit fünf Stufen dann Einstellungsmuster der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung, die autoritären Versuchungen nachgeben und auf diese Weise den Autoritären Nationalradikalismus zum Beispiel der AfD, der FPÖ in Österreich oder *Fidesz* in Ungarn.

So können aus Einstellungen griffige politische Parolen geschmiedet werden wie »Umvolkung« oder »Überfremdung« (im Zuge der Flüchtlingsbewegung), »Corona-Diktatur« oder auch Hassreden wie »Wir werden sie jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen [...]« (Gauland, AfD, am Wahlabend 2017 in der ARD), die dann als »Legitimationsbrücken« für ein Notwehrrecht dienen, das Gewalt einschließt und sich an den bewegungsförmigen, gewalttätigen Rechtsextremismus richtet. Diese »Philosophie der Tat« fungiert wiederum eskalierend als »Legitimationsbrücke« für klandestine, rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsnetzwerke, die dann als positive Bezugsgruppen die Vernichtungstäter bei Attentaten und Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime mit Logistik, Anerkennung etc. versorgen, um das »deutsche Volk« zu retten. Jene Teile der Bevölkerung, etwa in Deutschland und auch in anderen europäischen Gesellschaften (Zick u. a. 2011), die Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder auch explizite autoritäre Einstellungen aufweisen (Decker/Brähler 2018; auch Decker in diesem Band), sind also über verschiedene, eskalierende Stufen der Legitimation an politischer Gewalt beteiligt – nicht als Täter im juristischen Sinne, wohl als Gehilfen und Legitimationshelfer.

Das vielfach politisch und medial erzeugte dichotomische Gesellschaftsbild nach der Aufdeckung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit der klaren Unterscheidung zwischen »humaner Gesellschaft« einerseits und der »Mörderbande« andererseits ist gezielt falsch. Es stellt den Versuch dar, eine kalkulierte gesellschaftliche und

politische Selbstentlastungsideologie zu verbreiten. Das bedeutet auch, dass der alleinige Blick auf politische Eliten als Treiber autoritärer Entwicklungen kurzfristig ist und nicht weiterführt, um die verdeckten Pfade »normalisierter« autoritärer Entwicklung in der Gesellschaft aufzuhellen.

Das hier skizzierte Modell ist nur *ein* Beispiel dafür, dass es notwendig ist, die *Treiber* solcher Entwicklungen genau zu benennen und die notwendigen Analysen nicht durch abstrakte und vage Begriffe wie »Strukturverschiebungen« etc. verschwimmen zu lassen. Um Dynamiken und Eskalationen des Autoritären zu klären, ist auch in diesem Band der Fokus auf Handelnde ausgerichtet: Parteien, Mitglieder von sozialen, medialen und ökonomischen Eliten, politische Bewegungen und Netzwerke, charismatische Personen mit entsprechender Medienaufrüstung, die geeignet sind bzw. es darauf anlegen, demokratische Institutionen auszuhöhlen und zu delegitimieren. u.a. mit autoritären, hierarchischen Vorstellungen aufzufüllen und zugleich neue Abhängigkeiten zu schaffen, die für die Vielfalt von Lebensformen, Ideen und Forderungen offene Gesellschaft in eine hermetisch geschlossene zu verwandeln, um neue Machtstrukturen und Normalitätsstandards zu etablieren. Auch im 21. Jahrhundert stützen sich autoritäre Entwicklungen auf die Kombinationen der Instrumente von Macht, Kontrolle und Gewalt. Allerdings ist immer darauf zu achten, in welchem *Formenwandel* und welchen *Erscheinungsweisen* sie sich von autoritären Entwicklungen etwa im 20. Jahrhundert unterscheiden, um neue gesellschaftliche und staatliche Ordnungen zu schaffen.

7. Krisen als Treiber autoritärer Entwicklungen

Die Beiträge zu diesem Band richten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven einen besonderen Fokus auf die Krisenereignisse seit Beginn des 21. Jahrhunderts, die uns »entsicherte Jahrzehnte« (Heitmeyer 2018: 89–95), eine »postnationale Konstellation« (Habermas 1998) und »globale Risikogesellschaft« (Beck 2008 und 2017) beschert haben (Rensmann u. a. 2011; Bertelsmann Stiftung 2016), auf die Gesellschaften nicht einheitlich, aber auch mit Abstufungen kollektiver, »erlernter Hilflosigkeit« reagieren (Munich Security Conference 2022). Wir gehen davon aus, dass krisenhaft zugespitzte Entwicklungen und Ereignisse nicht ausschließlich (dazu Günther in diesem Band), aber in besonderem Maße – aufgrund ihrer Dynamik und der Sichtbarkeit der in Krisen mehr als in Normallagen enttäuschten Erwartun-

gen und der durch Krisen ausgelösten Befürchtungen – als Treiber und Pfade des Autoritären in Betracht kommen. Nach den im *Munich Security Index 2022* publizierten Daten kann davon ausgegangen werden, dass in Krisen, wie insbesondere der Pandemie, autoritäre Regime Zulauf haben, weil von ihnen Sicherheit und die Wiedergewinnung der Kontrolle erwartet wird. Ob das auch für die von Wladimir Putins Angriffskrieg ausgelöste, geopolitische Krise gilt, bleibt abzuwarten.

7.1 Konzeptualisierung von Krise

Wenn von Krisenereignissen als Treibern autoritärer Entwicklungen gesprochen wird, ist zunächst dem unbestimmten Krisenbegriff (Koselleck 1982; Mergel 2012) eine Kontur zu geben. Wir halten Abstand zu kulturkritischen Dramatisierungen und apokalyptischen Visionen und legen stattdessen drei Kriterien zugrunde, die einen offenen Möglichkeitshorizont bezeichnen (Makropoulos 2013; Oevermann 2016). Eine Krise setzt demnach voraus, dass, *erstens*, die bisherigen politischen, sozialen und ökonomischen Routinen zur Bewältigung von Ereignissen nicht mehr greifen und die vorhandenen Wissensbestände zur Problemlösung nicht ausreichen. *Zweitens* sind die Zustände vor diesen Ereignissen nicht wieder herstellbar. *Drittens* konkurrieren in krisenhaften Situationen, die weder vollständig kognitiv beherrschbar noch präventiv aufzulösen sind, verschiedene Möglichkeiten der Verwirklichung miteinander, die Verhaltensunsicherheit und Ungewissheit der Orientierung erzeugen, die kollektive Ängste freisetzen und, wie derzeit zu beobachten, den Nährboden für Wahnvorstellungen und Verschwörungstheorien bereiten (Butter 2018 und 2021; Reichardt 2021), die in der Regel einen ideologischen Charakter haben, der bei Kämpfen um die politische Macht zutage tritt. Die Kombination jener drei Kriterien legt es nahe anzunehmen, dass Situationen mit notstandsähnlichem Zuschnitt, zugleich »Krisenmomente der Freiheit« (Günther 2021), mit der Erfahrung von Kontrollverlusten korrespondieren. Akte des Terrors (verstärkt durch die offizielle Bekämpfungsrhetorik und Gefährdungsankündigungen), wirtschaftliche Bedrohungen und Einschnitte in das Sozialsystem (Agenda 2010, Hartz IV) oder auch die immer wieder medial aufgeheizte Katastrophenstimmung (Globalisierung, Klima, Pandemie, Inflation, Flüchtlinge, Krieg, China). Diese Ereigniskomplexe bzw. Chiffren für Problemlagen werden zwar nach Maßgabe von Betroffenheit und Resilienz je unterschiedlich

verarbeitet und unterschiedlich intensiv und nachhaltig in individuelle Befürchtungen und kollektive Ängste übersetzt. Dennoch sind sie, aufs Ganze gesehen, geeignet, Vorstellungen von Kontrollverlusten und Entsicherungen zu erzeugen (Heitmeyer 2018: 94–109), die sich als Treiber autoritärer Bestrebungen identifizieren lassen.

7.2 Sektorale und systemische Krisen

In dieser Konzeption von Krise unterscheiden wir zwei Typen, die sich nach Reichweiten unterscheiden (vgl. Heitmeyer in diesem Band). Der erste Typus ist ausgerichtet auf Krisen, die unterschiedliche Lebensbereiche und Funktionssysteme einer Gesellschaft gleichsam schlagartig und mit massiven Funktionsstörungen erfassen. In den »entsicherten Jahrzehnten« des 21. Jahrhunderts gehören dazu in Deutschland vor allem drei verschärfte Gefahrenlagen in der »Post-9/11« Ära. Zu nennen ist ab 2005 die Einführung von Hartz IV eine sektorale, soziale Krise für jene Teile der Bevölkerung, die vom sozialen Abstieg erfasst wurden und verbunden war mit Statusängsten, die sich bis hinein in die Mittelschichten ausbreiteten. Die weltweite Banken- und Finanzkrise brachte 2008/2009 die »systemrelevante«²³ Finanzökonomie ins Wanken mit Ausstrahlungseffekten auf das Gesamtsystem. 2015/2016 war es die Flüchtlingsbewegung, die von Politik und Medien als Krise vor allem sozial-kulturell formatiert war mit den Auswirkungen auf das politisch-administrative System.

Kennzeichen dieses Typs der sektoralen Krise sind das zeitlich entzerrte Auftreten und die schon erwähnte Lokalisierung in unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft. Zugleich hatten Gesellschaft und Politik verschiedene Instrumente zur Hand, um diese Funktionsstörungen »einzuhegen« und zu verhindern, dass gravierend zerstörerische Auswirkungen für das Gesamtsystem eintraten. Anders sieht dies beim zweiten Typus von Krise aus, der das gesamte Gesellschaftssystem erfasst, also eine systemische Krise darstellt. Dazu gehören die sich langsam zuspitzenden Gefah-

²³ Als systemrelevant werden, insbesondere seit der Sub-prime-Krise 2007 in den USA, Unternehmen, Infrastrukturen oder Berufe bezeichnet, die eine derart bedeutende volkswirtschaftliche oder infrastrukturelle Rolle in Staat und Gesellschaft spielen, dass ihre Insolvenz oder eine gravierende Funktionsstörung nicht hingenommen werden kann (*too big to fail*) und durch staatliche Intervention zu verhindern ist.

renlagen, so die nach wie vor als »Klimawandel« bezeichnete Krise, und die sich »schnell« auf den erkennbar katastrophischen Ausnahmezustand hinbewegende Corona/COVID-19-Krise. Bei der »schnellen« Krise treten die Potentiale für autoritäre Entwicklungen besonders offen zutage, weil zahlreiche »Einhegungsinstrumente« nicht greifen und damit individuell-biografische, kollektive und politische Kontrollverluste – in Kombination – auftreten, die mit Verschwörungstheorien und Wahnvorstellungen verbunden und politisch instrumentalisiert werden.

Auf diesem konzeptionellen Hintergrund lassen sich exemplarisch einige der aktuellen Gefahrenlagen ausfächern und mit der Frage verbinden, ob Krisen und damit verbundene »Ausstrahlungseffekte« und Instrumentalisierungschancen zu den Treibern autoritärer Entwicklungen zählen und auf welchen Pfaden dies geschehen könnte.

Krise durch Terrorismus

Welche krisenhaften Ereignisse und Entwicklungen zeigt die Durchmusterung der ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts? Deuten sie daraufhin, dass die Welt »aus den Fugen geraten« ist und Gesellschaften »auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit« sind (Beck 2017 und 2008; Heitmeyer 2018)? Das Jahrhundert der Krisen, wenn es sich bis dato so nennen lässt, wurde 2001 mit dem Massenmord von 9/11, der »Geburtsstunde der Gegenwart« (Weidner 2021), eröffnet, als der terroristische Islamismus gegen den Westen auf der Weltbühne antrat, die USA in den Ausnahmezustand versetzte und den Terrorismus der 90er Jahre und davor (Hoffman 2001; Frankenberg 2010: 231–273; Gassert 2021) nunmehr als religiös-politische politischen Krise zuspitzte. In den Folgejahren wurde global und national die Krisengeschichte der Sicherheitsgefahren, zentriert um Terrorismus und »organisierte Kriminalität«, fortgeschrieben (Waldmann 2005; Jäger 2015) und hat sich in immer weiter ausgreifenden Überwachungssystemen ausgeprägt. In militärischen Einsätzen, wie »Enduring Freedom« in Afghanistan, Somalia/Djibouti, Nord-Mali) und im Irak, wurden die Versuche der Krisenbewältigung grenzüberschreitend und -verletzend exekutiert.

Krisen durch Finanzkriminalität als System

Gleichwohl konzentrierte die Krisenregistratur ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf die Sphäre des autoritären Finanzkapitalismus (Heitmeyer

2001; Piketty 2014; Dörre 2012; Steg 2019). Hier ließen die Zunahme, gefühlte Gleichzeitigkeit und Interdependenz krisenhafter Ereignisse andere Gefahrenlagen in den Hintergrund treten. Die Dotcom-Blase (2000), Subprime-Kredite (2007/2008), Euro-Krise (2009) als Kombination von Staatsschulden-, Banken- und Währungskrise haben sich als Stichworte dieser Notstandslagen eingeprägt (Erceg u.a. 2005; Arestis/Sawyer 2013). Sie trieben Gesellschaften, wie Griechenland, Portugal und Italien an den Rand des Bankrotts, gefährdeten allemal ihren sozialen Zusammenhalt und verschlissen, soweit vorhanden, die Polster der Solidarität in der Europäischen Union. Zugleich brachten die Krisen autoritäre Instrumente zu Regulierung hervor (insbesondere die »Rettungsschirme« ESM, EFSM und EFSF), die sowohl die Rechtsbindung lockerten als auch die parlamentarische Kontrolldichte verringerten.

Krise durch Klimakatastrophe

Der Begriff des verharmlosenden, weil meteorologische Gesetzmäßigkeit suggerierenden Klimawandels verbirgt eine sich seit Beginn dieses Jahrhunderts fortlaufend, nicht nur linear verschärfende Klimakrise. Mit ihren ökologischen, politischen und gesellschaftlichen Dimensionen resultiert sie im Wesentlichen aus der menschengemachten globalen Erwärmung, die alle Gesellschaften von den Marshall-Inseln im Pazifik bis nach Grönland je unterschiedlich, aber mit vergleichbarer Wucht existenziell bedroht (Klein 2016; Overpeck/Conde 2019; Kegel 2021). Naturkatastrophen wie insbesondere Waldbrände, Überschwemmungen, Wirbelstürme und Dürreperioden tragen in immer kürzeren Abständen die Schreckensbilanz der Klimakrise in das kollektive Bewusstsein ein. Einzuzurechnen ist auch die Nuklearkatastrophe von Fukushima. Wissenschaftlich erarbeitete Szenarien des Weltuntergangs kontrastieren mit den rituell verabschiedeten Resolutionen der UN-Klimagipfel, die kaum mehr leisten, als die Tatenlosigkeit der Weltgemeinschaft in fromme Wünsche zu kleiden, und Jahr für Jahr die Ungewissheit möglicher Lösungsansätze organisieren (Przeworski 1991). Nicht nur sind viele der bereits eingetretenen Schäden irreversibel, auch die Dynamik der Erwärmung lässt sich nach wissenschaftlichen Berechnungen nur über einen außerordentlich langen Zeitraum verlangsamen, aber kaum umkehren. Unfreiwillig verweist darauf der Klimaschadenskataster, der laut Bundesumweltministerium künftig langfristige Schäden und Schadenskos-

ten durch den Klimawandel systematisch bündeln soll.²⁴ Der Dramatik der Klimakatastrophe konnte sich zuletzt auch das Bundesverfassungsgericht nicht entziehen und wies den Grundrechten in seinem Aufsehen erregenden »Klimabeschluss« die Aufgabe der »intertemporalen Freiheitssicherung« zu (BVerfG 2021). Die Klimakatastrophe wird in mehrfacher Hinsicht zum Treiber des Autoritären: Sie befördert Strategien der Leugnung und, bei weiterem Politikversagen, den ökologischen Ausnahmezustand. Sie verschärft die globale Spannungslage und die soziale Ungleichheit und mit diesen zwangsläufig die politischen Reaktionen (Günther 2021: 341 und in diesem Band).

Krise durch Politikversagen zur Migration

Kriege und Klima sind nicht die einzigen, aber überaus wichtige Ursachen für die globalen Migrationsbewegungen (Luft 2017; ausführlich Pichl, in diesem Band). Wo Waffen sprechen und Arbeit fehlt, wo Gewalt und Armut herrschen, wo Minderheiten verfolgt und drangsaliert werden, wo die Entwicklung von »failed states« begünstigt wird, begeben sich Menschen auf die Flucht. Ihr Verfolgungsschicksal und ihre Suche nach einer auskömmlichen Existenz verdichten sich beim Grenzübertritt im Inland – allein aufgrund ihrer Ankunft in großer Zahl (BAMF 2021; European Commission 2019) – zur Krise. Kolonialgeschichte, Waffenlieferungen, vorgängige und dem Aufnahmeland zurechenbare Klimaschäden, moralische, politische oder ökonomische Verantwortung oder auch die eklatanten Mängel des Asylkonzepts der Europäischen Union (Dublin-Verfahren, Frontex) und der nationalen Flüchtlingspolitik werden in die Krisendiagnose nicht eingerechnet (Bade 2017; Meier-Braun 2018).²⁵ Die durch die Einreise von über einer Million Flüchtlingen, Migranten und anderen Schutzsuchenden nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 entstandene Situation für Staat und Gesellschaft wird regelmäßig als »Flüchtlingskrise« bezeichnet, obwohl Vieles auf ein (langfristiges) Politikversagen und nicht etwa ei-

²⁴ ZEIT.online v. 29.07.2021.

²⁵ Aus der Presse: »Die neuesten Einwicklungen. Migrationskrise in Europa«, in: NZZ v. 19.10.2021; J. von Altenbockum, »Die EU steht auf dem Spiel«, in: FAZ.net v. 23. September 2020; A. Peukert, »Die Flüchtlingskrise kann rechtsstaatlich bewältigt werden«, in: FAZ.net v. 9. Februar 2016; E. Lohse/S. Löwenstein, »Überrollt«, in: FAZ.net. (Abgerufen am 9. Mai 2020); »Immer mehr Flüchtlinge tatverdächtig«, in: Augsburgener Allgemeine v. 24. April 2017; »Sprunghafter Anstieg von Anschlägen gegen Flüchtlingsheime«, in: FAZ v. 28.01.2016. Kritisch dazu Pichl in diesem Band.

nen temporären Kontrollverlust²⁶ hindeutet. Befürchtet werden vor allem die Destabilisierung des Staates, die Desintegration der Gesellschaft, ein Anstieg der Kriminalität und die Überlastung der Sozialsysteme. Diese Befürchtungen werden von autoritären Regimen, wie Orbán in Ungarn und Kaczynski in Polen, angestachelt und bei Wahlen abgeschöpft.

Nach Maßgabe der oben diskutierten Kriterien für eine Krise ist davon auszugehen, dass die Zuwanderung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Migration kann nicht nach Belieben mit Anwerbeabkommen und Anwerbestopps, Rückkehrprämien und Abschiebungen gesteuert werden (Blätte 2016; Finotelli 2007; dagegen BMI 2018): »Menschen setzen sich in Bewegung, verlassen ihr Zuhause, bauen in einem anderen Land eine Existenz auf, erfinden sich und ihr Umfeld neu, umgehen staatliche Regeln, schaffen sich Zugang zu ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen, verändern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft« (Ayata 2021).

Corona-Pandemie als systemische Krise

Seit 2020 ist es die Corona-Pandemie, die das gesellschaftliche, politische und ökonomische System vieler Länder in eine noch immer virulente Krise gestürzt hat. Trotz der wiederholten Influenza-Epidemien und -Pandemien im vergangenen und in diesem Jahrhundert (Vasold 2015), insbesondere 2003 die Vogelgrippe (H5N1), SARS (SARS-CoV) 2004/5 und die Schweinegrippe (A/H1N1) 2009, hatten die Staaten weder Routinen des Infektionsschutzes entwickelt noch adäquate präventive Maßnahmen getroffen (Alviar/Frankenberg 2021; Di Fabio 2021). Im Dezember 2019 wird das *Corona-Virus* (SARS-CoV-2), zunächst in Wuhan als einfache Grippe bzw. Lungenentzündung fehldiagnostiziert, dann als ansteckende Virusinfektion identifiziert. Inzwischen hat COVID-19 weltweit mehrere Infektionswellen durchlaufen und mit gefährlichen Mutanten aufgewartet. Nach den Schockereignissen in China, dann in der Lombardei und in den USA, in Brasilien und Indien mit jeweils exorbitanten Todeszahlen und zahlreichen gravierenden Krankheitsverläufen ist die Dynamik der Pandemie in den meisten Ländern allem Anschein nach nur temporär abgebremst, jedoch nicht neutralisiert worden. Abgesehen von der COVID-19-Inzidenz, Mortalität und

26 »Wir haben die Kontrolle verloren.« So das CSU-Vorstandsmitglied H.-P. Friedrich, in: *Augsburger Allgemeine* v. 11.09.2015 – (Zugriff: 10.01.2022), <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Asylpolitik-CSU-kritisiert-Merkel-Wir-haben-die-Kontrolle-verloren-id35445212.html/>.

Infektionsrate, von Hospitalisierungsinzidenz und Mutationen, sind die Gesellschaften nicht zur Ruhe gekommen²⁷. Dass die Zustände vor dem Einbruch von COVID-19 nicht wieder herstellbar sind, demonstrieren jene, die bar jeder praktischen Vernunft den staatlichen Infektionsschutz von Maskenpflicht bis Lockdown und zuletzt die Impfungen beharrlich als »Diktatur« dämonisieren (Kleffner/Meisner 2021; Reichardt 2021).²⁸ Auch Politiker, die noch immer nach Lösungen und Gewissheiten suchen, warnen vor einem »Kontrollverlust«²⁹ und stellen die Bevölkerung auf eine (irreversible) Änderung der Verhältnisse ein. Im Verlauf der Krise haben sich die Seuchenängste in den Gesellschaften festgesetzt (Frankenberg 2022 und in diesem Band; Naumann/Kamann 2021; Hepfer 2021). In den argumentativ unerreichbaren Lagern des Corona-Widerstandes werden sie begleitet von Verschwörungstheorien und Wahnvorstellungen. Da die diffusen (Ansteckungs- und Staats-) Ängste kein genaues Ziel haben, können sie in jeder krisenhaften Situation aktiviert werden. Eben das ist zu befürchten, wenn wie in der Vergangenheit neue sogenannte Zoonosen auftreten, wenn Infektionen, wie mutmaßlich bei SARS-CoV-2, die Artenbarriere zwischen Tier und Mensch überspringen.

Der Gesetzgeber ist in der Bundesrepublik Deutschland (wie auch in anderen Ländern) nicht untätig geblieben und hat nicht wenige Versuche unternommen, die Krisen zu regulieren – zu »bekämpfen«, wie es häufig heißt. Das Terrorismusbekämpfungsgesetz von 2002 (und weitere Novellierungen, geschnürt zu »Sicherheitspaketen«), das Klimaschutzgesetz von 2021, das Zuwanderungsgesetz von 2005 (nach offiziellen Verlautbarungen ein »Meilenstein« der Regelung von Aufenthalt, Einwanderung, Integration, Arbeitserlaubnis und Ausweisungsschutz) sowie das Infektionsschutzgesetz von 2001 und seine Modifikationen suggerieren im Verbund, das Parlament stelle in Kooperation mit der Regierung Rettungspläne für Wege aus der Krise bereit. Bei Lichte betrachtet, deuten die legislativen und exekutiven Reaktionsmuster freilich nicht darauf hin, Gesetzgebung und Politik hät-

27 Europaweite Proteste gegen Einschränkungen – <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/corona-proteste-125.html/> (Zugriff 22.10.2021); »Coronakrise: Proteste in mehreren Ländern«, in: *aerzteblatt.de* v. 21.07.2021.

28 E.g. »Proteste gegen Coronamaßnahmen in Frankreich, Deutschland und Griechenland«, in: *aerzteblatt.de* v. 30.08.2021; »Europa: Proteste gegen Impfpflicht und Auflagen für Ungeimpfte«, in: *DW* v. 27.07.2021; »Impfpflicht«, *FAZ* v. 19.10.2021.

29 Zit. nach *WAZ* v. 14.10.2020 in einem Kommentar zur Pressekonferenz nach dem Treffen der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder.

ten alles im Griff und die Rückkehr zu den eingeübten Routinen könnte gelingen: Die seriellen Nachbesserungen der Antiterrorgesetze und des Zuwanderungs- und Asylrechts, die hektischen Anpassungen des Infektionsschutzrechts an den Verlauf der Pandemie (wie auch die zu erwartenden Revisionen des »bislang umfassendsten Klimaschutzpakets«), stellen nicht unter Beweis, alles sei unter Kontrolle. Im Gegenteil folgen die Krisen und ihre Dynamik den Regeln einer Grammatik, die sich der Logik staatlicher Regelungen und der sie begleitenden Bekämpfungsrhetorik nicht beugt. Wenn die Rückkehr zum Status quo ante verlegt ist, sind unter den Bedingungen von Ungewissheit neue Routinen einzuschleifen und neue Wissensbestände zu erarbeiten.

7.3 Die autoritären Mobilisierungschancen: Kollektive Krisenängste

Krisen, deren schädliche Auswirkungen in dramatischen Ereignissen zutage treten oder im Laufe der Zeit die sozialen Beziehungen vergiften, lassen das Publikum nicht unbeteiligt, sondern lösen je nach Gefahrenlage individuelle und kollektive Befürchtungen aus, die sich in der oben erwähnten Vorstellung »kollektiver Hilflosigkeit« verdichten können. Im hier maßgeblichen Kontext ist zu fragen, ob und wie Krisenängste zu Treibern autoritärer Entwicklungen werden können. Dass die hier skizzierten, krisenhaften Ereignisse als äußere Ereignisse im Inneren eine durch Erfahrung, Beobachtung fremden Verhaltens oder Instruktion gelernte Verbindung zwischen spezifischen Hinweisreizen und deren möglichen, schädlichen Konsequenzen erzeugen, steht außer Frage. Ebenso vielfältig wie die Risiken einer Pandemie und Gefährdungen durch eine fortschreitende Klimakatastrophe sind zwar die Arten der Besorgnis, gleichwohl ist davon auszugehen, dass sich Ängste als gegenstandsgerichtete Warnungen vor tatsächlichen Gefahren von ungerichteten (neurotischen) oder abstrakten Befürchtungen unterscheiden lassen (Neumann 1967; Frankenberg 1977). Diese Unterscheidung ist hilfreich, soweit sie den Zusammenhang von Krise, Konflikt und Reaktion aufhellt. Ängste vor den Folgen der Klimakatastrophe und Migrationsbewegungen, vor Ansteckungsgefahren, erneuten Finanzkrisen und aktuell vor der Ausweitung des Krieges, den Putin gegen die Ukraine führt, ganz gleich ob eingebildet oder realistisch, ob auf Wissen, Ignoranz oder Täuschung beruhend, lassen sich schwerlich von einer politischen Klasse, die »auf Sicht« fährt, und dem Primat von Markt und Unternehmen folgenden Eliten ab-